

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin SW 16
Wustenhäuser Str. 15 (Redakteur: E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 3103/06

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 4 Mk.
mit wöchentl. Beilage, die Sanitätswarte 6 Mk.

Rückblicke auf das Jahr 1920.

II. Die deutschen Gewerkschaften.

T immer tiefer noch sinkt die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse trotz der wahrhaft heroischen Anstrengungen durch Lohnkämpfe wie auf dem Verhandlungswege endlich wieder den materiellen Aufstieg zu erzwingen. Wie aber würde es wohl aussehen, wenn die deutschen Gewerkschaften nicht in geschlossener Phalanx daständen! War im Jahre 1919 noch vielfach zu beobachten, daß die neu gewonnenen Kräfte des Gewerkschaftswesens sich nicht immer in taktisch einwandfreier Weise auswirkten, so ist im Jahre 1920 allmählich in dieser Beziehung durch die zwingende Not (das heißt in diesem Fall planmäßige und zähe Unternehmerstrategie) eine erhebliche Kraftkonzentration ermöglicht worden, an Stelle der furchtbaren Kraftverzettelung, die uns so nachteilig geschadet hat und unter deren Folgen manche Gewerkschaft bis auf den heutigen Tag leidet.

Ob das neue Jahr uns nun endlich auch in der wichtigen Frage der Zusammengeschloßenen Industrieverbände vorwärtsbringt, bleibt freilich abzuwarten. Die von dem A. D. G. V. eingesetzte Kommission hat zwar schon einige Vorarbeit geleistet. Es scheint aber, als wolle man all zu schematische Vorschläge machen. Das würde dann wieder die baldige praktische Durchführung erheblich erschweren.

Im ganzen ist die Zahl der deutschen Gewerkschaftsmitglieder nicht allzu erheblich im letzten Jahre gewachsen, weil in vielen Industrien und Berufen bereits die große Mehrzahl der Zugehörigen erfasst sind. Einige Großverbände haben im 3. Quartal 1920 sogar nicht unerhebliche Rückgänge zu verzeichnen, was aber wohl durch die krisenartige Gestaltung und Umgestaltung mancher Industrien erklärt wird. Nach dem „Korrespondenzblatt“ (Nr. 51) hatten wir am Ende des 3. Quartals rund 8 Millionen Mitglieder. Die Größeren sehen danach so aus: 1. Metallarbeiter 1 677 300; 2. Fabrikarbeiter 665 200; 3. Landarbeiter 624 900; 4. Transportarbeiter 586 400; 5. Textilarbeiter 501 700; 6. Bauarbeiter 483 400; 7. Bergarbeiter 460 800; 8. Eisenbahner 392 300; 9. Holzarbeiter 385 500; 10. Angestellte 366 800; 11. Ge-

meinde- und Staatsarbeiter 299 800; 12. Beschäftigungsarbeiter 133 400; insgesamt also über 6½ Millionen! Es verbleiben also für die übrigen 1½ Millionen noch 40 Verbände! Wenn wir auch weit entfernt davon sind, die Macht einer Organisation einzig nach ihrer Mitgliederstärke anzulegen, so tritt doch in diesem rohen Zahlengebilde ein so krasses Mißverständnis zutage, daß es wahrlich hohe Zeit wäre, wenn die Kommission endlich brauchbare Vorschläge zur besseren Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Kräfte machen könnte.

Dabei leben wir es als ganz selbstverständlich an, daß die über den Rahmen des Industrieverbandes hinausgewachsenen Formen der Betriebsorganisation dort, wo vorwiegend oder ausschließlich öffentlich-rechtliche Unternehmen in Frage kommen, bestehen bleiben. Das trifft sowohl für unseren Gemeinde- und Staatsarbeiterverband als auch für die Eisenbahner zu; ebenso müßte u. U. die gleiche Entwicklungsrichtung für die Bergarbeiter gewahrt werden. Wir haben die besten Gründe, die für diese Regelung sprechen, an dieser Stelle allzuoft im einzelnen erörtert, als daß wir jetzt noch einmal darauf einzugehen brauchen.

Die Revolutionsgruppenkraft des Achtstundentages ist auch im verfloßenen Jahr im allgemeinen aufrechterhalten worden, doch mehrten sich im Unternehmertum sowohl als in Regierungskreisen die Stimmen die dagegen Sturm laufen. Man will anerkennend mit Zonen der geküßten für einzelne Betriebe (darunter auch die Krankenanstalten) im neuen Jahre gegen den Achtstundentag arbeiten. Hier werden die deutschen Gewerkschaften einen harten Kampf ausfechten müssen. Zwar könnte die hohe Zahl der Arbeitslosen — amtlich werden jetzt eine halbe Million in Deutschland gezählt, davon über 500 000 in Berlin — dem Arbeitsministerium die jetzige Zeit als besonders ungeeignet für solche gesetzgeberischen Verschiebungen ersparen lassen, aber im Weltalter, da uns die Deutsche Volkspartei „von roten Fesseln freigemacht hat“, darf man sich nicht allzusehr wundern, wenn es anders kommt.

Der im ganzen recht befriedigend verlaufene freierwerkschaftliche Betriebsrätekonferenz (Oktober 1920) hat

Des Volkes Stimme

Frisk auf, es fordert das neue Jahr
Ein neues Schlagen und Wagen!
Und wie es durch drei Jahrzehnte nun war,
So wollen wir künftig auch trotzig und klar
Den Feinden die Wahrheit sagen:
Curen Müden und Tüden welchen wir nicht,
Des Volkes Stimme wird zum Volksgerecht.
Uns stand kein Reicher als Palastin,
Kein Mann mit Orden zur Seite.
Mit dem Hah nur im Habit und Hermelin,
Mit des Goldners Gewalt und des Mammons
Lag unser Fähnlein im Streite. [Gewinn
Die Kronen zerbrachen, doch ungebannt
Des Volkes Stimme ruft durchs das Land.
Heute steht du gerüstet in raffenden Ketten,
Du Volk der Arbeit, zu deinem Werke.
Dein Wille und unsre Freu im Verein,
Sie werden des Schicksals Bewinger sein,
Dein Sieg und unsre Stärke.
Denn deines Wefens sind wir ein Teil:
Des Volkes Stimme und des Volkes Heil.

© E. Dittmer in d. „Volkstimme“ Chemnitz.

leider eine nachhaltige Wirkung nach außen bis jetzt völlig vermissen lassen. Unseres Wissens ist auch der freigewerkschaftliche Betriebsratsbeirat noch immer nicht zusammengetreten, was wir für eine schwere Unterlassungssünde halten. Der in der Reichsverfassung vorgesehene Räteaufbau muß 1921 vollendet werden. Bezirkswirtschaftsräte fehlen noch ganz. Und der vorläufige Reichswirtschaftsrat, über dessen Tun und Treiben die Meinungen sehr geteilt sind, muß bald durch ein Wirtschaftsparlament ersetzt werden, das sich allgemeinen Vertrauens der Bevölkerung erfreut.

Mit der Sozialisierungsfrage wird nun seit Jahren Hingall gespielt und mit unserem schwindenden politischen Einfluß (infolge der politischen Arbeiterzersplitterung) ist auch der gute Wille von bürgerlicher Seite auf ein Minimum gesunken. Ob und wann wir auch nur im Bergbau in dieser Sache aus dem Stadium der ewigen Diskussion in die praktische Arbeit gelangen, ist gegenwärtig recht zweifelhaft.

In allen Großstädten herrscht auch weiterhin eine sich andauernd steigernde Wohnungsnot. Da hier die politischen Parteien völlig verlagen, werden die Gewerkschaften berufen müssen, dem Problem recht bald etwas abzurufen, zumal damit die Frage der Arbeitslosigkeit im engsten Zusammenhang steht.

Biel müßten wir wohl sagen über den so oft geforderten Preisabbau. Aber wo sind die Kräfte, die unserer widerstandsfähigen Industrie, dem wackeren Handel oder der nimmermatten Landwirtschaft beikommen können?

Vielleicht bekommen wir 1921 endlich wieder etwas mehr Weltwirtschaft, insonderheit mit Süd- und Nordamerika. Gegenwärtig ist allerdings eine Weltkriege von solch riesenhaftem Ausmaße, daß man wenig klar sehen kann, von wo das Heil kommen könnte! In Amerika werden größte Fabriken geschlossen. Man spricht von 2½ Millionen Arbeitsloser, in England ist es über 1 Million, Frankreich und Italien haben auch noch keinen Ausweg gefunden, weil der blinde Haß des Siegers am Versailler Friedensvertrag festhält, dessen „Schönheiten“ wir im nächsten Jahr noch ausgiebiger zu kosten bekommen.

Wir Mitteleuropäer sind vorerst das Sklavenvolk des Ententekapitalismus. Ob uns 1921 eine Erlösung von dieser Pein bringt, ist sehr ungewiß und recht unwahrscheinlich.

Aber der deutsche Gewerkschafter hat als Avantgarde mit 2½ Millionen Mitgliedern für die wirtschaftliche Befreiung gearbeitet und gekämpft. Er wird mit 8 bis 9 Millionen ebenso unentwegt den Kampf gegen Kapitalismus und Unterdrückung führen.

Um aber unsere noch allzuwenig geschulten Gewerkschaftsmassen kampfesfähiger zu machen, müssen wir wieder zur planmäßigen Bildungs- und Erziehungsarbeit kommen in verstärktem Maße. Dem soll auch die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. dienen, auf die wir später einmal ausführlich zu sprechen kommen.

Energetische Forderungen sagten die deutschen Gewerkschaften der „Technischen Nothilfe“ an. Dabei muß es auch im kommenden Jahr bleiben.

Noch immer ist die Stellung der freien Gewerkschaften zu den Spitzenverbänden der deutschen Beamten ungeklärt. Wir selbst haben durch Bildung der F.A.R.A. den ersten Schritt vorwärts gemacht, möge endlich der A.D.G.B. durch Schaffung einer wirklich freigewerkschaftlichen Beamtenorganisation nachfolgen. Dazu ist allerdings eine stärkere Entschlußkraft der unentschieden hin und her pendelnden Einzelbeamtenverbände erforderlich.

Aus der Mitwirkung am Wiederaufbau Nordfrankreichs ist noch immer nichts geworden, trotz des guten Willens der deutschen und französischen Gewerkschafter. Letztere haben übrigens seit Mai 1920 eine erhebliche Krise in ihrer Mitgliederzahl durchzumachen. Sie sind auf ganze 1,5 Millionen zusammengeschmolzen. Dafür zählt jetzt England nach

neuester Feststellung etwa 5¼ Millionen Gewerkschafter, die aber mehr volkswirtschaftliche Verteilungs- und Produktionsfunktionen haben. Ob wir im neuen Jahr gegen „Bellenbildung“ und Ferkörnungstendenzen der Moskauer Gewerkschaftsinternationale im höheren Maße in den deutschen Gewerkschaften ankämpfen müssen als bisher, wird sich bald zeigen. Jedenfalls ist die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale mit ihren 28 Millionen Mitgliedern zurzeit das festeste Bollwerk gegen jegliche Reaktion in den verschiedenen Ländern.

Der Londoner Gewerkschaftskongreß, auf dem Legien mit dem ihm stets eigenen weitgehenden Willkürbewußtsein, noch als schwerkranker Mann, den Standpunkt der deutschen Gewerkschafter scharf umriß, ist eine günstige Etappe unseres internationalen Fortschritts gewesen.

Die gewaltige Kundgebung bei Legiens Begräbnis beweist übrigens, daß über den Tagesstreit hinaus doch bereits Gesundungstendenzen festzustellen sind. Wir können nicht dauernd der Vergangenheit nachgeben, sondern müssen uns endlich frei machen von der furchtbaren wirtschaftlichen Verstricktheit, in die wir durch den Weltkrieg und durch unsere militärische Niederlage geraten sind.

Soll das Jahr 1921 für die deutschen Gewerkschaften fruchtbringender sein denn die letzten 6 Jahre, so müssen unsere Kräfte viel stärker konzentriert und diszipliniert werden.

Mag der Prudenkampf in der politischen Arena noch immer groteske Formen erhalten, in der wirtschaftlichen Arena müssen alle Gewerkschafter sich leiten lassen von den Grundrissen, die eine zielfähige Taktik und Strategie erfordern.

Wir alle wollen den Sozialismus!

Seien wir darum brüderlich gesinnt, sonst bleibt der Kapitalismus oben auf!

Das Existenzminimum im Dezember 1920.

Infolge der Einschränkung in der amtlichen Zuteilung von Fetten und des Steigens zahlreicher Preise im freien Handel waren die Kosten des Existenzminimums im Dezember merklich höher als in den Vormonaten. In Groß-Berlin kostete Milch 9mal soviel wie vor sieben Jahren, Brot und Gas 10mal soviel, Bratens 12mal soviel, Butter 14mal soviel, Zucker 15mal soviel, Margarine 19mal soviel, Kartoffeln 22mal soviel, Reis und Schmalz 30mal soviel. Dabei sind die Scheitelpreispreise noch nicht berücksichtigt. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich im ganzen eine Verteuerung auf das Zwölfwache. In den fünf Wochen vom 29. November bis zum 2. Januar wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Dez. 1920	Dez. 1918
9500 Gramm Brot	2250 Mk.	220 Pf.
900 „ Roggenmehl	900 „	26 „
250 „ Feigwaren	400 „	20 „
1250 „ Fleisch	2451 „	225 „
80 „ Butter	820 „	23 „
1575 „ Zucker	1745 „	100 „
Zusammen 7306 Mk.		642 Pf.

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 73,06 Mk. zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 5,92 Mk. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochendurchschnitt nur etwa 6800 Kalorien, d. h. ungefähr soviel wie ein zweisechsjähriges Kind benötigt. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren beträgt etwa 11 200 Kalorien, der einer Frau etwa 16 800 und der eines Mannes etwa 21 000 Kalorien. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von 6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwert von 11 200 - 6800 = 4400 Kalorien ergänzen müssen. Eine Frau müßte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5600 Kalorien hinzuzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Beschränkt man sich dabei soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 24 Mk., für eine Frau auf 40 Mk., für einen Mann auf 57 Mk. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Dezember 1918 für ein Kind 1,72 Mk., für eine Frau 2,76 Mk., für einen Mann 3,83 Mk. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor sieben Jahren noch billiger.

welk insbesondere Brot damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand.

	Preis Dez. 1920	Dez. 1918
Nationierte Nahrungsmittel	1478 Pf.	118 Pf.
8000 Gramm Kartoffeln	890 "	16 "
875 " " Daserfioden	293 "	19 "
125 " " Maroarine	800 "	20 "
Zusammen für ein 6-10 jähr. Kind 2448 Pf.		172 Pf.
1500 Gramm Kartoffeln	165 "	8 "
875 " " Daserfioden	293 "	19 "
8500 " " Gemflie	420 "	85 "
500 " " Speifebohnen	825 "	22 "
125 " " Maroarine	800 "	20 "
Zusammen für eine Frau 4003 Pf.		276 Pf.
2000 Gramm Gemflie	240 "	20 "
250 " " Erflfen	190 "	10 "
125 " " Maroarine	860 "	20 "
500 " " Reis	650 "	22 "
250 " " Maroarine	250 "	15 "
Zusammen für einen Mann 5093 Pf.		308 Pf.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Breiflets und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9 Mk. (1918/14: 5,50 Mk.), für Heizung 15 20 Mk. (1,15 Mk.), für Beleuchtung 7,50 Mk. (0,75 Mk.). Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 30 Mk. (2,50 Mk.), Frau 20 Mk. (1,65 Mk.), Kind 10 Mk. (0,85 Mk.). Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereimünzung, Fahrgefl, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 1/4 (1913/14: 1/4) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	57,- Mk.	97,- Mk.	146,- Mk.
Wohnung	9,- "	9,- "	9,- "
Heizung, Beleuchtung	28,- "	23,- "	23,- "
Bekleidung	80,- "	60,- "	70,- "
Sonstiges	80,- "	60,- "	82,- "

Dezember 1920	164,- Mk.	228,- Mk.	330,- Mk.
November	153,- "	228,- "	316,- "
Oktober	168,- "	232,- "	318,- "
September	145,- "	216,- "	299,- "
August	141,- "	216,- "	308,- "
Juli	154,- "	230,- "	324,- "
Juni	147,- "	217,- "	304,- "
Mai	177,- "	267,- "	365,- "
April	186,- "	279,- "	375,- "
März	165,- "	241,- "	322,- "
Februar	129,- "	190,- "	254,- "
Januar	114,- "	167,- "	220,- "
Aug. 1919/Juni 1914	16,75	22,80	28,80

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst im Dezember 1920 für einen alleinstehenden Mann 28 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 40 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 55 Mk. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 8250 Mk. für das kinderlose Ehepaar 12 400 Mk., für das Ehepaar mit zwei Kindern 17 200 Mk.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum Dezember 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 Mk. auf 138 Mk., d. h. auf das 9,4 fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 Mk. auf 238 Mk., d. h. auf das 10,7fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28 80 Mk. auf 330 Mk., d. h. auf das 11,5fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt etwa 9 bis 10 Pfennige wert.

Dr. R. Kugelnsti.

Jedem Ehre, jedem Preis
 Ehre jeder Hand voll Schweiß
 Ehre jedem Tropfen Schweiß,
 Der in Hütten fällt und Mühlent
 Ehre jeder nassen Stirn
 Hintern Pflugel — Doch auch dessen,
 Der mit Schädel und mit Hirn
 Hungernd pflügt, sei nicht vergessen!

J. Frellgrath.

Zehnte Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die zehnte Tagung fand vom 15. bis 18. Dezember im Gewerkschaftshaus in Berlin statt.

Genosse Dörmann gab den Bericht der Studienkommission zur Untersuchung der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. Er machte im Namen der Studienkommission Vorschläge zur Beschickung der Akademie durch Gewerkschafter. Im Anschluß daran erörterte Genosse Wold vom preussischen Kultusministerium einen Plan, in kurzfristigen Kursen die allerunvermeidlichsten volkswirtschaftlichen Kenntnisse in kürzerer Zeit den Massen zu übermitteln. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß beide Pläne nebeneinander hergehen können und schließlich einigte der Ausschuß sich auf folgende, vom Genossen Wiebel (Angestelltenverband) eingebrachte Resolution:

Der Bundesausschuß steht der Gründung einer Akademie der Arbeit grundsätzlich wohlwollend gegenüber und ermächtigt die Kommission, an den weiteren Verhandlungen sich zu beteiligen. Inzwischen nehmen die einzelnen Verbände zu der Beteiligung an der Akademie bzw. auch der finanziellen Durchführung Stellung. Hierfür muß vorher die Ausbildungsdauer festgestellt werden.

Ferner wünschte der Bundesausschuß, daß der Bundesvorstand seine bisherige Vertretung im Reichsausschuß für Landwirtschaft beibehält, obgleich sie bisher nicht imstande war, das Steigen der Leuerung aufzuhalten. Immerhin gibt die Vertretung die Möglichkeit, sich über die wirtschaftlichen Verhältnisse zu unterrichten. Eine Verantwortung für die Tätigkeit dieses Reichsausschusses müsse der A. D. G. B. aber abnehmen. Im übrigen stellte der Ausschuß sich auf den Standpunkt, daß eine Mitwirkung des Bundes bei der Lohnpolitik der einzelnen Berufe nicht erfolgen solle. Diese müsse nach wie vor Aufgabe der einzelnen Organisationen bleiben. In lebenswichtigen Industrien dürften entscheidende Schritte allerdings nicht ohne das Einverständnis der übrigen Arbeiterschaft erfolgen, die durch diese Maßnahmen in Mitleidenschaft gezogen werden können.

Entschieden nahm der Bundesausschuß Stellung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten über Streiks in Betrieben, die die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen. In der Aussprache kamen gegenwärtige Meinungen überhaupt nicht zum Ausdruck, sondern es wurden nur Einzelheiten vorgebracht, die geeignet waren, die Stellungnahme noch zu verstärken. Einstimmig wurde folgende Entschlieung angenommen:

Der Reichspräsident hat mit Zustimmung des Reichskabinetts am 10. November d. J. auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung eine Verordnung erlassen, durch die das Streikrecht in den Betrieben, die die Bevölkerung mit Gas, Wasser oder Elektrizität versorgen, unter Zwangsschlichtungsvorschriften gestellt und strafrechtlich eingeschränkt wird. Der Reichstag hat am 30. November d. J. dieser Verordnung zugestimmt und ihre Aufrechterhaltung zur Einföhrung eines obligatorischen Schlichtungsverfahrens beschlossen.

Vorstand und Ausschuß des A. D. G. B. vertreten in bezug auf das Streikrecht in den genannten Betrieben den gleichen Standpunkt, den der 10. Gewerkschaftskongreß 1919 in Nürnberg hinsichtlich des Streikrechtes der Eisenbahner eingenommen hat. Er verkennt nicht die großen Schäden, die durch Streiks in solchen lebenswichtigen Betrieben für Wirtschaftsliebe und Bevölkerung hervorgerufen werden und insbesondere weite Streiks, die entgegen den gewerkschaftlichen Grundfäden oder Satzungen geföhrt werden, in entschiedenster Weise ab.

Gleichwohl erheben Vorstand und Ausschuß des A. D. G. B. auch in diesem Fall Einspruch gegen jede auch nur vorübergehende Beseitigung des Streikrechtes, das allen Arbeitern und Angestellten ohne Ausnahme zusteht. Sie vertreten auch hier den Standpunkt, daß Streiks nicht durch Verbote, sondern nur im Wege der Verhandlung mit den gewerkschaftlichen Organisationen zu verböten sind.

Die beiden gewerkschaftlichen Zentralvertretungen richten an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, die auch mit den Bestimmungen der Reichsverfassung nicht zu vereinbarende Verordnung vom 10. November 1920 wieder aufzuheben. Sie protestieren nachdrücklich gegen ihre Aufrechterhaltung und Abföhrung durch ein Zwangsschlichtungsgesetz, das die Gewerkschaften ebenfalls freis befähigt haben.

An die Arbeiter und Angestellten in den lebenswichtigen Betrieben richten Vorstand und Ausschuß des A. D. G. B. den Appell, ihre Interessen freis nur im Rahmen der gewerkschaftlichen Organisationen zu vertreten und sich nicht zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft von unverantwortlichen Kreisen in wilde Streiks hineinziehen zu lassen.

Zu den Angriffen der gewerkschaftlich tätigen Kommunisten hatten schon vor der Ausschußsitzung einige Gewerkschaften in scharfer Weise Stellung genommen. Unter den im Ausschuß vereinigten Vorstandsvertretern herrschte volle Einstimmigkeit dar-

über, daß hier nur eine entschiedene Abwehr am Platze ist. Die einstimmig angenommene Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Die Moskauer „Kommunistische Internationale“ hat der Gewerkschafts-Internationale (Amsterdam) Krieg und Vernichtung angezagt.

Unter der wahrheitswidrigen und unbewiesenen Behauptung, die mittel- und westeuropäischen Gewerkschaften seien samt ihren Landeszentralen „gelb“, ihre Führer vom Privatkapital „bestochen“, wird eine Aktion eingeleitet, deren eingeständenes Ziel die Zerschlagung unserer in jahrzehntelanger Arbeit und unter schweren Kämpfen und Opfern aufgebauten deutschen Gewerkschaften ist. Die Gewerkschaftsmitglieder sollen gemäß den Moskauer Theesen verpflichtet sein, die Betriebsräte und Gewerkschaften tatsächlich der Leitung der kommunistischen Partei unterzuordnen. Damit nicht genug, erwartet diese von ihren Parteigängern, daß sie ihre politischen Ziele höher stellen als die Form der Gewerkschaften und daß sie selbst vor einer Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen nicht zurückschrecken, wenn der Verzicht auf eine Spaltung gleichbedeutend sein würde mit einem Verzicht auf die revolutionäre Tätigkeit in den Gewerkschaften. Während die deutschen Gewerkschaften bisher als eines ihrer höchsten Güter das unbedingte Recht betrachteten, auf den Landeskongressen ihre Grundsätze selbst festzustellen, ihre Taktik selbst zu bestimmen, sollen sie also künftig dem Gebot von Fesseln und Körperknechten unterworfen sein, die — ohne Kenntnis der jeweiligen Verhältnisse — rein doktrinär urteilen. Nicht das Proletariat würde diktieren, sondern obskure Eliten würden eine Diktatur über das Proletariat ausüben.

Getreu ihrer Tradition und im Verfolg der Beschlüsse der internationalen Kongresse, insbesondere des letzten in London, betonen die deutschen Gewerkschaften ihre Sympathie und Solidarität mit den Arbeitern aller Länder, nicht zuletzt mit dem Proletariat Rußlands, dessen Leiden und Bestrebungen sie mit tiefer Anteilnahme beobachten. Sie glauben, daß der Anschluß der russischen Proletariat an die Amsterdamer Internationale die Kampfkraft der Arbeiterschaft der Welt stärken und auch den russischen Genossen wertvolle Vorteile bringen würde. Aus denselben Gründen aber setzen sich die deutschen Gewerkschaften energisch gegen alle ihre eigene Autonomie und Bewegungsfreiheit gefährdenden Bestrebungen zur Wehr. Als eine solche Gefährdung betrachten sie die Bildung kommunistischer „Keimzellen“, bestimmt, die Gewerkschaften von innen auszuböhren, sie den Moskauer Theesen gefällig, in Wirklichkeit aber aktionsunfähig zu machen. Im Gegensatz zu unseren bewährten gewerkschaftlichen Methoden sollen diese „Keimzellen“ zudem Grundsätze befolgen (Kameraderung von Litz, Schlangenhilf, illegalen Methoden, Verschweigen der Verhältnisse der Wahrheit u. a.), die wir als unmoralisch und gewerkschaftsfeindlich mit aller Entschiedenheit ablehnen und bekämpfen.

Da die von Moskau anempfohlenen Tendenzen in hohem Maße die Einheit und Einheitslichkeit der Gewerkschaftsbewegung gefährden, die Arbeiterschaft in ihrer Schlagkraft lähmen, Verwirrung und Zersplitterung nach sich ziehen, so erklärt der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes es als unabwiesbare Pflicht der Verbände, diese zersetzenden Bestrebungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Mitglieder, die als einzelne oder in Verbindung mit anderen die heute mehr denn je notwendige Einheit der Gewerkschaften schwächen, schädigen deren Position gegenüber dem Kapital, verstoßen darum gegen die gewerkschaftlichen Grundsätze und stellen sich außerhalb des Rahmens der Verbände. Die Konsequenzen aus einem solchen Verhalten ergeben sich damit von selbst.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes warnt darum im Interesse der gewerkschaftlichen Organisationen vor der Propaganda der Moskauer Tendenzen. Er richtet an die Mitglieder der angeschlossenen Verbände die erste Mahnung, den bewährten Grundsätzen der deutschen Gewerkschaften treu zu bleiben und allen Versuchen, Zwietracht und Uneinigkeit in die Mitgliederreihe zu tragen, mit entschlossener Tapferkeit entgegenzuwirken.

Ueber den Ausbau der Wirtschaftsorganismen machte Genosse Adolf Cohen eine Reihe von Mitteilungen. Da diese Sache noch nicht spruchreif ist, beschloß der Ausschuß, eine 15gliedrige Studienkommission einzusetzen, 10 Vertreter soll der Ausschuß bestimmen und 5 Vertreter sollen dem Afa-Bund eingeräumt werden.

Ein wenn auch nicht großes, sondern doch unter den heutigen Verhältnissen immerhin beachtenswertes Stück praktischer Arbeit zur Verringerung der Bekleidungsnot leistete der Ausschuß in seiner Stellungnahme zu der Warenbeschaffungskelle, an der sich der Bundesvorstand beteiligt hat. Es wurde gegen eine Stimme beschlossen, daß der Bundesvorstand sich an dieser Warenbeschaffungskelle weiterbeteiligen soll.

Eine schwierige Frage für die deutschen Gewerkschaften bilden die Folgen, die im Saargebiet infolge der Einführung der Frankenvährung entstehen werden. Für die Gewerkschaften handelt es sich darum, welche Beiträge die dortigen Gewerkschaftsmitglieder leisten und welche Unterstützungen sie erhalten sollen. Da sich die Sachlage noch nicht klar übersehen läßt, beschloß der Ausschuß, daß der Bundesvorstand eine Vertretung ins Saargebiet entsenden soll, die sich dort mit den Gewerkschaften in Verbindung setzt, damit sie zunächst selber zu der Frage Stellung

nehmen und ebenfalls die Vorstände ihre dortigen Mitgliedschaften veranlassen, sich zu der Sache zu äußern.

Nicht minder schwierig, weil ebenfalls in die sachunsgemäßen Rechte der einzelnen Gewerkschaften eingreifend, ist die Frage der Vereinheitlichung der Mitgliedsrechte der vorläufig Arbeitenden. Die ungleiche Behandlung dieser Arbeitergruppen in den verschiedenen Gewerkschaften hat schon lange Unzufriedenheit unter den Gewerkschaftsmitgliedern erregt. Jedoch ist eine einheitliche Lösung der Frage sehr schwierig und die jetzige Ausschusssitzung hatte eine Kommission eingesetzt, die dieser Sitzung auch ihre Vorschläge unterbreitete. Die Teilnehmer an der Ausschusssitzung glauben jedoch nicht aus eigener Nachvollkommenheit diese verwickelte Frage lösen zu können. Sie vertagten die Entscheidung bis zur nächsten Sitzung.

Zur Unterstützung der ungarischen Gewerkschaften hat der Internationale Gewerkschaftsbund aufgefördert. Eine der Folgen des Boykotts über Horthyz-Innaren ist die, daß die Gewerkschaften sich dort etwas besser rühren können. Jedoch sind ihre Kassen vollständig erschöpft worden durch die riesigen Prozeßkosten und die Unterstützungen, die sie den Opfern des weißen Schreckens gewähren. Einige deutsche Gewerkschaften haben zu diesem Zweck ihren ungarischen Bruderverbänden schon namhafte Beiträge bewilligt. Der Ausschuß beschloß, daß die deutschen Gewerkschaften nach Maßgabe des durchschnittlichen Mitgliederstandes vom vorigen Jahre für jedes Mitglied den Betrag von 5 Pf. an die ungarischen Gewerkschaften abzuführen sollen. Das Geld wird in ungarische Kronen umgerechnet bei einer Wiener Paul eingezahlt und kann dort unter Kontrolle des Internationalen Gewerkschaftsbundes von den ungarischen Gewerkschaften erhoben werden.

Die Auslegung des Friedensvertrages durch die Entente hat, wie bekannt, schon zu vielen Härten geführt, die in Deutschland den Eindruck erwecken, als sei es der Entente weniger um eine gewissenhafte Erfüllung des Vertrages zu tun, als darum, alle Bestrebungen des deutschen Volkes vergeblich zu machen, sich aus seinem Elend emporzuarbeiten. Den neuesten Bestrebungen der Entente auf diesem Gebiete lehnte der Ausschuß folgende Resolution entgegen:

Der Bundesauschluß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gemeinsam mit dem Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenverbandes, das ist die Vertretung von mehr als 10 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten, erheben Protest gegen die fortgesetzten systematischen Störungen und Neuentworfungen des deutschen Wirtschaftslebens, wie sie ständig hervorgerufen werden durch die Verleugung der Ententeeregierungen und ihre Bestrebungen in Deutschland, den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages immer neue und immer rigorosere Auslegungen zu geben oder neue Forderungen aufzuzellen, die weder rechtlich noch tatsächlich begründet sind.

Den Bemühungen der Gewerkschaften, die vorhandenen Zustichstellen und andere Anlagen friedlichen, der sozialen Wohlfahrt und insbesondere sozialdemokratischen Zwecken zuzuführen, unter vollständiger Entlastung ihres militärischen Charakters, hat die Entente ein glattes „Nein“ entgegengelehrt; sie beschränkt darauf, daß diese Bauarbeiten zerstört und damit vollständig an Werten sinnlos vernichtet werden müssen, während es dem deutschen Volke an den notwendigen Mitteln für Millionen seiner unterernährten und in ungesunden Wohnungen dahinsiechenden Frauen und Kinder fehlt.

Kaum ist die Forderung der Zerstörung der Dieselmotoren abgewehrt, erhebt die Entente von neuem Forderungen, die auf die vollkommene Vernichtung der deutschen Luftverkehrsindustrie hinauskommen, obwohl nach Artikel 20 des Friedensvertrages Deutschland durchaus berechtigt ist, sechs Monate nach Friedensschluß Luftfahrzeuge für Friedensverkehr zu bauen.

Die deutschen Gewerkschaften und Angestelltenverbände haben wiederholt erklärt, daß sie gewillt sind, an der ehrlichen Erfüllung des Versailler Vertrages mitzuwirken. Ohne diese Mitwirkung ist die Erfüllung unmöglich. Durch derartig rigorose Maßnahmen der Ententeeregierungen wird jedoch dieses Bestreben der deutschen Arbeiter- und Angestellten-schaft systematisch untergraben und letzten Endes unmöglich gemacht. Die vorgenannten Beispiele richten daher an die Arbeiter und Angestellten in den Ententeländern die dringende Aufforderung, auf ihre Regierungen in diesem Sinne einzumirken, daß solche schändlichen Maßnahmen gegen das deutsche Wirtschaftsleben in Zukunft ausbleiben.

Mit der Frage der Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens hatte sich schon die vorige Ausschusssitzung beschäftigt und die Einsetzung einer Kommission beschlossen, die in Gemeinschaft mit den beiden sozialdemokratischen Parteien der Lösung dieser Frage näherzutreten soll. Im Auftrage dieser Kommission berichtete Genosse Vren (Fabrikarbeiter). Die Aufgaben, die auf diesem Gebiete zu lösen sind, sind so mannigfaltig und schwierig, daß es nötig ist, zu ihrer Bewältigung ein besonderes Sekretariat einzurichten, das das Material dazu vorbereitet

angemäßen Frage der dieser Kräfte schon lange liegt. Jedoch die jetzige Sitzung in der Ausnahmehaltung die Er-

Gewerkschaften und aufgestellten in ihnen können die riesigen Opfer der letzten haben von namhaften deutschen Gewerkschaften in der Ausnahmehaltung die Er-

erkschaftsbundes in der Ausnahmehaltung die Er-

otoren abgewehrt, vollkommenen Ver-

de haben wieder-

Die Einrichtung eines solchen Sekretariats wurde beschlossen. Wegen der Kosten muß noch ein Abkommen mit den politischen Parteien getroffen werden.

Die Stellungnahme zum Stande der Sozialisierungsfrage leitete der Genosse Umbreit ein. Es handelt sich um die Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Der Redner sprach die dazu vorliegenden zahlreichen Vorschläge und die Bemühungen der Gegner der Sozialisierung, diese zum mindesten auf die lange Bank zu schieben. In der Aussprache wurde unter anderem die große Gefahr hervorgehoben, die darin besteht, daß auch eine Vollsozialisierung der Bergarbeiter noch nicht gleich die günstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen bringen kann, auf die sie bei der Schwere und Gefährlichkeit ihrer Arbeit berechtigten Anspruch haben und daß dies von verschiedenen Seiten in demagogischer Weise gegen den Sozialismus überhaupt ausgenutzt werden kann. Es handelt sich dabei nicht nur um wirtschaftspolitische Erwägungen, sondern auch um sehr wichtige taktische Fragen. Der Ausschuss entschied sich für Einsetzung einer Kommission, die zu diesem Zwecke mit den beiden sozialistischen Parteien in Verbindung treten soll.

Die schwierige Frage Berufs- oder Industrieorganisation drängt auch im Bergbau zu einer Lösung, besonders wenn man sich vergegenwärtigt, daß im Bergbau neben den eigentlichen Bergarbeitern auch noch Mitglieder der Verbände der Metallarbeiter, Maschinisten und Heizer, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter, Bauarbeiter, Zimmerer, Dachbeder, Sattler, Maler, Transportarbeiter, Eisenbahner und Gärtner beschäftigt sind. Genosse Husemann vom Bergarbeiterverband lud die Vorstände dieser Gewerkschaften ein zu einer am 18. Januar in Berlin abzuhalten den Besprechung.

Ueber die nächsten Aufgaben der Gewerkschaften referierte dann Genosse Dismann. Alleinig gab man der Meinung Ausdruck, daß die Gewerkschaften mit der bisherigen bloßen Lohnpolitik nicht weiter kommen können und daß die Verhältnisse zu weiterer Betätigung drängen. Diese sei um so notwendiger, da den politischen Parteien durch die bebauernden Epaltungen die Erfüllung ihrer Aufgaben erschwert und nur so die Möglichkeit vorhanden sei, eine Einheitsfront des kämpfenden Proletariats wiederherzustellen.

Dann berichtete Sabath über die Verhandlungen mit dem Allgemeinen freien Angestelltenbund (Afa-Bund) über die Frage der Zusammenfassung der Hand- und Kopparbeiter zu einer gewerkschaftlichen Organisation. Wie weit eine solche Zusammenfassung reichen soll, darüber gehen die Meinungen noch weit auseinander, um so mehr, da es Berufe gibt, bei denen die Gruppierung Schwierigkeiten verursacht. Es finden noch weitere Verhandlungen über diese Angelegenheiten statt.

Der Weg zum Ziel.

Eine Parallele von W. Land, Hannover.

Hast du dir vorgenommen einen hohen Berg zu erklimmen, so mußt du vor allen Dingen außerordentlich früh aufstehen. Es geht nicht, daß du erst bis 10 Uhr schläfst und die Sonne hoch und höher steigen läßt. Scheu dich die Unbequemlichkeiten des frühen Aufbruchs, die kalte Morgenluft, dann gib es auf, deinem Ziele nachzujagen.

Diese Worte sagte mir vor fast 15 Jahren ein alter Parteigenosse, als ich eines Tages mit ihm in ein politisches Gespräch gekommen war. Längst deckt ihn der grüne Rasen. Seine Worte aber lebten in mir fort bis auf den heutigen Tag. Darum wollen wir beide, du und ich, lieber Leser, einmal im Geiste den Berg bestiegen und ich bitte dich, mich zu begleiten.

Der Weg zum Endziel des Proletariats ist genau der gleiche, den wir jetzt beide gehen wollen. Hauptbedingung ist vor allem ein gesunder, starker Körper mit einer kräftigen, ausdauernden Lunge. Sorgfältige Vorbereitungen sind notwendig, wenn du nicht dabei verlagern willst. Nichts nützt es dir, wenn du das stolze Reispferd "Brase" oder das Maultier "Terror" besteigen willst. Frische Juwelen zur Kraft deines Körpers und der feste Entschluß: "Ich will's erreichen!" sind Notwendigkeiten, die vorhanden sein müssen.

Sage etwaigen unerfahrenen Ratgebern ruhigen Tones: "Nacht nur, mein Plan ist bis ins kleinste vorbereitet; ich brauche euer Köhlein nicht. Mir gilt nur der Rat des selbstausgewählten Führers etwas; im übrigen gehe ich auf meinen eigenen Füßen!" — Dann tue noch genügend Provoiant in deinen Rucksack, denn nichts ist mehr vonnöten, als eine Stärkung im richtigen Augenblick. Will dich

Der Verband der Berufsfeuerwehrmänner (9500 Mitglieder) wurde in den A. D. G. W. aufgenommen.

Den Bericht der Kommission betreffend die Industrieorganisation gab Genosse Dismann. Die Kommission ist in voller Tätigkeit und bemüht, dem Gebot der Zeit Rechnung zu tragen. Sie wird in der nächsten Sitzung bestimmte Vorschläge machen können. Einseitigen sind noch weitere Verhandlungen nötig und der Redner ersucht die Verbandsvorstände, den Einladungen dazu zu folgen. Die Kommission behandelte ebenfalls die Frage des Gewerkschaftsrechts. Da der verstorbene Genosse Dringmann Mitglied dieser Kommission war, wurde der Zimmererverband ersucht, einen neuen Vertreter in diese Kommission zu entsenden.

Ueber die Schlichtungsordnung berichtete Genosse Adolf Cohen (Vandenvorstand). Die Mitwirkung der Gewerkschaften hat erfreuliche Verbesserungen des ursprünglichen Entwurfs ergiebt und es wird die Aufgabe der Arbeitervertreter im Reichstag sein, dafür zu sorgen, daß die bisher ausgebrochenen Streitfälle bei den Verhandlungen im Reichstag nicht wieder eingeleitet werden. Eine längere Aussprache entspann sich über die Verbindlichkeitsklärung der Schiedsprüche und über etwaige Streiks in gemeinnützigen Betrieben. Es soll versucht werden, in betreff der noch vorhandenen Bestimmungen, die der Arbeiterschaft nachteilig sind, eine zweckdienlichere Lösung zu finden.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Genossenschaftliches.

Fortschritte der Konsumgenossenschaftsbewegung. Ein Gradmesser für das rasche Wachstum der im Zentralverbände deutscher Konsumvereine verkörperten deutschen Genossenschaftsbewegung ist die Verbreitung der Konsumgenossenschaftlichen Zeitungen. Die Konsumgenossenschaftliche Rundschau, die wöchentlich erscheint, erhöhte seit 1. Januar 1919 ihre Auflage von 12 737 auf 15 600, das halbjährlich in acht verschiedenen Ausgaben erscheinende Konsumgenossenschaftliche Volksblatt von 340 065 auf 402 077. — Die Umsätze der deutschen Konsumvereine wiesen ein starkes Wachstum auf, das nicht allein auf die gestiegenen Warenpreise zurückzuführen ist. So stiegen im Verbände nordwestdeutscher Konsumvereine im dritten Quartal 1920 die Umsätze von 79 758 003 Mk. auf 213 718 324 Mk. in den ersten neun Monaten von 196 510 896 Mk. auf 682 710 701 Mk. In diesem Zeitraum erhöhte sich auch die Mitgliederzahl am 70 871 auf 497 653. Die 53 Vereine des Verbandes, die ihr Geschäftsjahr am 30. September abschließen, verzeichneten einen Umsatz von 400 572 316 Mk., gegen nur 38 077 941 Mk. im vorigen Geschäftsjahr. Ähnlich war die Entwicklung auch in allen übrigen Konsumvereinen. — Die Groß-einkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. berichtet: „Infolge der Knappheit an Brennmaterial haben wir im Hannoverischen ein Torfmoor zur Ausbeutung gepachtet, das einen er-

jemand begleiten, dann sage ihm auch deine Hauptnahrungsmittel, als du bist: Opfermut, Ueberzeugungstreue, Solidarität und Disziplin.“ Sind so alle Vorbereitungen erledigt, das Schwebert nachgesehen und alles noch einmal geprüft, dann komm. Bruch wir also auf!

Der Himmel lacht im hellsten Blau und scheint dir so verheißungsvoll, daß du am liebsten schon einen Jubelton ausstoßen möchtest. Aber wir lassen uns nicht blenden; wer weiß, was alles noch bevorsteht. Gemächlich geht es bergan, gerne horchst du auf den Mahnruf deines Führers, der dir sagt: „Langsam, ruhig, vorsichtig!“ Nach einigen Wegstunden scheint dir die Bergtuppe schon so nahe, daß du schnell einen Steinwurf wagst, der über sie hinweggehen soll. Wie lächerlich! — Nicht einmal über jene dunkle Tanne ging er hinüber. Du schaust in das Gesicht deines zierlicheren Führers und es ist dir, als ob ein Rächeln über seine Jüge huscht. Schon möchtest du ein ganz klein wenig murren, aber gerade erreicht dein Fuß ein Plateau und der Rückblick auf deine geleistete Arbeit erfüllt dein Herz mit gewissem Stolz.

Wie klein erscheinen dir doch schon alle jenen Leute, die im Tafe geblieben sind, um über Kleinigkeiten zu beraten oder über dich den Kopf zu schütteln. Gerne folgst du dem Vorschlag deines alten Bergsteigers, das Frühstück hier zu nehmen. Er weiß gewiß, daß die zweite Etappe weit schwieriger sein wird.

Als ihr wieder aufgebrochen seid, merkst du gar nicht, wie leicht es vorangeht; bis plötzlich du erkennen mußt, daß es scheinbar bergab geht. Hierüber bist du natürlich sehr erstaunt und ohne dein Hinzu-tun entflieht dir die Frage: „Wozu denn das? Wann geht es denn ernstlich bergauf?“ Deine Mienen werden sogar etwas mürrisch, als du den Einwand hörst: „Anders geht's hier nicht!“

Massigen Torf liefert. In diesem Jahre sind die Vorarbeiten gemacht, damit Anfang April nächsten Jahres der Maschinenbetrieb eröffnet werden kann. Wir haben nebsther ein ge. Wagners Handsechwerk gefördert, den wir in unserer eigenen Fabriken verwenden. Es sind damit vorzügliche Resultate erzielt worden, obgleich es sich nur um Stektor handelt, während wir im nächsten Jahr einen maschinell hergestellten Drehwerk liefern werden, der die Konkurrenz mit der Braunkohle getrost aufnehmen kann. Für die Publikum hat sich allerdings eine gewisse Vorsicht beim Torfkauf gezeigt, da in den letzten beiden Jahren manches Produkt als Torf verkauft worden ist, das den Namen Torf nicht verdient. Unser Torf ist aber von tadelloser Qualität und Heizkraft, so daß unsere Freunde unbedingt damit zufrieden sein werden. Wir werden circa 200 bis 300 Waggons im Jahre fördern."

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung

Unfälle auf Wegen. Bei den Wegen des Arbeiters von seiner außerhalb der Betriebsstätte befindlichen Wohnung zur Betriebsstätte und von dieser zur Wohnung wird nach der herrschenden Rechtsprechung die eigentümlich-tätigliche Tätigkeit des Arbeiters im Gegensatz zur Betriebsstätigkeit in den Vordergrund gestellt. Um Unfälle auf Wegen nun dem Betriebe zuzurechnen, muß der Umstand hinzutreten, daß der Gang nach seiner zweifellosen und unmittelbaren Zweckbestimmung im Zusammenhange mit dem versicherungspflichtigen Betrieb und in dessen Interesse erfolgt. So ist ein Betriebsunfall in einem Falle anerkannt worden, in welchem ein mit dem Anzünden von Laternen beauftragter Arbeiter einer Gasanstalt den Anzündestock, den er auf Anordnung eines Vorgesetzten aufbewahren mußte, auf dem Wege von der Wohnung zur Gasanstalt an sein Fahrrad gebunden hatte, infolgedessen mit dem Fahrrad zu Falle kam und verletzt wurde. — Ebenso ist ein Betriebsunfall angenommen worden bei einem Arbeiter, welcher auf dem Wege von seiner Wohnung zum Forst, in dem er beschäftigt wurde, auf einem außerhalb des Waldes liegenden Wege hingefallen war und sich mit der Art, deren er zu seiner Arbeit im Walde bedurfte, an der Hand verletzt hatte. — Ferner wurde ein Betriebsunfall anerkannt bei einem Wadewärter, welcher sich dadurch eine Verletzung zuzog, daß er auf einem im Betriebsinteresse auf der Betriebsstätte unternommenen Gange zu Falle kam und sich hierbei die Hand beim Heringspins einer Verflachte zerschchnitt, die er zur Verteidigung seines Durstes auf diesem Wege mitgenommen hatte. — Den Unfall eines Hausdieners, der sich während eines Geschäftsganges in seiner Wohnung zur Einnahme des Mittagessens gegeben wollte, und dabei verunglückte, ist vom Reichsversicherungsamt unterm 1. Juli 1920 ebenfalls als Betriebsunfall anerkannt worden. Da diese Entscheidung auch für unsere Kollegen von Wichtigkeit ist, so sei kurz der Hergang geschildert und auf die Begründung hingewiesen. Der Hausdiener H. in Berlin erlitt am 12. März 1919, als er sich während eines Geschäftsganges zur Einnahme des Mittagessens in seine in der Nähe belegene Wohnung begeben wollte, dadurch einen Unfall, daß er durch ein abirrendes Geschloß am rechten Arm getroffen wurde. Die Berufsgenossenschaft hat die Entschädigung ab-

gelehnt, weil der Unfall sich auf dem nicht in die Versicherung fallenden Heimweg ereignet habe. Das Oberversicherungsamt jedoch verurteilte die Berufsgenossenschaft zur Rentenzahlung, und das Reichsversicherungsamt, welches ebenfalls einen Betriebsunfall für vorliegend erachtete, bestätigte dieses Urteil mit folgender Begründung: „Die Beklagte hat den Anspruch abgelehnt mit der Begründung, daß der Unfall eingetreten sei, als der Kläger sich auf seinem Wege von seiner Arbeit nach seiner Wohnung befunden habe, und daß nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts Unfälle, die versicherten Personen auf dem Wege zu oder von der Arbeitsstätte zustießen, in der Regel nicht entschädigungspflichtig seien. Dabei ist aber, soweit der Heimweg in Frage kam, stets der Gedanke maßgebend gewesen, daß die versicherte Person ihre Arbeit erledigt hatte und die Tätigkeit im Betriebe beendet war. Um einen solchen Fall handelt es sich hier aber nicht. Wie die vom Oberversicherungsamt noch angestellten Ermittlungen ergeben haben, war der Kläger sogenannter „laufender“ Hausdiener. Seine Tätigkeit bestand im wesentlichen darin, für den Betrieb innerhalb Groß-Berlins Geschäftsgänge auszuführen. Am Unfalltag hatte er sich vom Geschäft in Berlin, Köpenicker Fischmarkt, nach der Mödenerstraße, dann nach Neukölln, Wildenbruchplatz und Zuttgarter Straße und von da wieder nach Berlin, Waldemarstraße, über Michelfeldstraße, Markussirasse bis zum Andreasplatz zu begeben. Es war ihm gestattet, ohne daß eine bestimmte Fristzeit für ihn festgesetzt war, während des Geschäftsganges sich in seine in der Kopenstrasse belegene Wohnung zur Einnahme seines Mittagessens zu begeben. Als er am Unfalltag gegen 2 Uhr nachmittags von dieser Erlaubnis Gebrauch machen und in seine Wohnung gehen wollte, erlitt er den Unfall. Er ist verunglückt, bevor er alle ihm übertragene Geschäftsgänge erledigt hatte. Bei dieser Sachlage ist der vorliegende Fall ebenso zu beurteilen wie jene, in denen eine versicherte Person sich auf einem Geschäftsgange befindet und dabei vorübergehend zur Verteidigung leiblicher Bedürfnisse ein Wohnhaus besucht. In einem solchen Falle tritt eine Loslösung von dem versicherten Betriebe nicht ein, sofern nicht der Versicherte durch den Besuch des Wohnhauses den Geschäftsgang ungebührlich verzögert oder sich einer erhöhten Gefahr aussetzt. Es liegt kein Grund vor, die Sache hier anders zu beurteilen, weil der Kläger statt eines Wohnhauses seine Wohnung vorübergehend aufsuchen wollte. Eine ungebührliche Verzögerung des Geschäftsganges ist dadurch nicht herbeigeführt worden, und daß dadurch keine erhebliche Gefahr eingetreten ist, gibt die Beklagte selbst zu. Hiernach davon auszugehen, daß der Kläger auch auf dem Wege zu seiner Wohnung versichert war, so hat er auch für den ihm dabei zugehörigen Unfall Anspruch auf Entschädigung gegen die Beklagte.“ Die angeführten Entscheidungen empfehlen wir auch unseren Kollegen, namentlich denen, die sich dienstlich im Auftrage der Gasanstalten, Elektrizitätswerke, des Wasserwerks tagüber unterwegs befinden, wie auch den bei der städtischen Straßeneinigung Beschäftigten zur Beachtung. Wer als solcher, ohne seinen Dienst beendet zu haben, zur Verrichtung leiblicher Bedürfnisse sich auf kurze Zeit in ein Restaurant oder in seine Wohnung begeben und dabei verunglückt, hätte nach den angeführten Entscheidungen Anspruch auf Unfallrente, ebenso wenn ihm ein Unfall auf dem Dienstwege zustößen würde.

„Doch lange ist nicht Zeit zum Sinnen, denn schon geht es wieder bergauf. Jetzt erst erkennst du die rauhe, knorrige Kraft deines Führers, der immer schneller in die Höhe klimmt. Dein Atem leucht, der Puls geht schneller; ein leises Ermatten deiner Glieder ist zu verspüren, doch noch gelingt es dir zu folgen. „Hallo, hallo, mein junger Freund! Gleich ist die erste Almhütte erreicht!“

Dieser Ruf läßt dich noch einmal zur ganzen Kraft ansetzen. Jetzt seid ihr oben! Ah! —

Unter dieser alten Tanne streckt du dich ins Grüne. Wohlige umweht dich der frische Geruch einer unbekanntenen Luft. Dein Führer ist in die Hütte geeilt, um seine Freunde zu begrüßen, ihnen schnell die Hand zu drücken. Vielleicht zum letztenmal. Wer weiß wie's kommt? Plötzlich steht vor dir einer in der gleichen Bergtracht, wie du sie trägst. Mit lachendem Gesicht fragt er: „Na, schon erschlafft?“ und läßt sich bei dir nieder. Er erzählt dir, daß er die Besteigung dieses Berges jahrelang studiert habe und gibt dir dabei dann die Zeiten an, die dich in ein gewisses Staunen bringen. Du fragst, wie es dort und dort denn weiterginge, vertraust ihm deine Gedanken, schilderst deine Entschlüsse. Er weiß aber auch auf alles die richtigen Worte zu finden.

„Laß dir doch nichts weismachen von diesem alten Kerl; der alte Schleicher hat's doch nur auf seinen eigenen Vorteil abgesehen! Denkst du vielleicht, daß er umsonst den alten Schlendrian verfolgt? Geh' doch mit mir! Was trottest du in diesen alten, ausgetretenen Geleisen herum, in denen schon vor dir hunderte ihm nachgewacht sind! Komm, wir suchen uns unsern eigenen Weg; einen, den dieser alte Krazler sich in seiner Gebrechlichkeit nicht mehr zu gehen getraut! Hier, sieh nur alle meine Karten, die Fliegerphotographien, die Berechnungen! Deine Augen glänzen. Das ist der richtige Mann,

schreit es in dir. Du sagst zu, hängst um und vorwärts geh's mit deinem neuen Freunde.

Dicht nebeneinander schreitet ihr aufwärts und du hast wahre Freude an deinem Weggenossen, der dich mit seinen Reden herrlich unterhält. Heil — wie geht es vorwärts. Immer aufwärts. Abwärts siehst du den alten Weg, der zwar sicherer gewesen; aber die Gefahr erhöht noch deine Kräfte. Plötzlich kurzes Stoden. „Weiter, weiter, lieber Genosse!“ ruft du deinem Freunde zu, der seine Karte vor sich hält, als ob er drin studiere. „Nur Geduld, wir müssen ein Stückchen zurück; hier ist gerade die Schlucht, über der sonst ein Baumstamm gelegen hat! sind seine Worte. Was hilfst? — Ihm müßt zurück. „Die paar Schritte“, brummst du in dich hinein. „So weit wäre ich noch sicher nicht, wenn ich hinter dem Alten herge trollt wäre.“

Aber immer unwegsamer wird es vor euch. Dein neuer Freund ist außerordentlich still geworden. War es nicht so, als hätte er eben sogar in der Richtung des alten Bergsteigers zurückgeschaut? Such er vielleicht selbst im Augenblick nach einem ausgetretenen Weg?

Eine kleine Weile seid ihr wieder aufwärts gestiegen. Plötzlich lösen sich einige Steinstücke, dein Freund greift durch die Luft nach einem Halt. Aengstlich klammert er sich an eine alte Zwerglance Stock und Ruckfack laufen in die gähnende Tiefe. Er hatte scheinbar auch nichts in seinem Beutel. Opfermut und Soldatentat auf keine Fall. „Ja mein lieber Genosse, ich kann ohne meine Sachen auf keinen Fall weiter in die Höhe!“ spricht er mit einer Leidenbitterniene zu dir.

Ihr kommt in ein Dirsut. All dein Reden ist vergeblich, der schon fragelt er wie ein Häufchen Unglück den Berg hinab. Zu spät siehst du, daß er kein wahrer Freund und Führer gewesen ist.

Herung fal-
amt jedoch
a, und das
sunfall für
der Begrün-
der Begrün-
auf seinem
habe, und
berungsamt
von der
ungspflichtig
kam, stets
Person ihre
beendet war.
Wie die vom
nen ergeten
diener. Seine
eb innerhalb
alltage hatte
llt, nach der
und Stult-
strafe, über
zu begeben.
für ihn fest-
in der Kop-
ttageiens zu
as von dieser
gehen wollte,
le ihm über-
lage ist der
nen eine ver-
det und dabei
ie ein Wirt-
bung von dem
richterte durch
behältlich ver-
liegt kein
eil der Kläper
end aufsuchen
häftiganges ist
h keine erheb-
It hiernach
Bege zu seiner
m dabei zuge-
Die Bellage."
auch unzure-
trage der Gas-
über unterweg
igung Beschäft-
Dienst beendet
auf kurze Zeit
und dabei ver-
Anspruch auf
Dienstwege zu-

würts geht's mit
du hast wahre
n Reden herrlich
aufwärts. Ab-
weisen; aber die
stoden. „Weiter,
der seine Karte
wir müssen ein-
er der sonst ein
hilft's? — Ihr
ich hinein. „So-
dem Alten herge-
ein neuer Freund
als hätte er eben
geschaut? Stuch
stretenen Weg?
stiegen. Wohllich
nach die Lust nach
alle Zwergtanne
Er hatte scheinbar
berität auf keinen
meine Sachen auf
einer Leichenblitter-
ft vergeblich, denn
g hinab. Zu spät
gewesen ist.

Staatsarbeiter

Verwaltungs- und Betriebsarbeiter. Bereits im Monat November hat die Verhandlung bei den in Frage kommenden Regierungsstellen eine Erhöhung der Teuerungszulagen für die im Reichs- und Staatsdienst stehenden Verwaltungs- und Betriebsarbeiter beantragt. Von den Regierungsstellen wurden die Verhandlungen bei jedem Vorstoß unserer Vertreter mit dem Hinweis verzögert, es werde beschlossen zu einer Einigung kommen, wenn der Tarif der Verwaltungsarbeiter zum Abschluss gekommen und die Verhandlung mit den Eisenbahner ein greifbares Resultat erkennen lassen. Die Verhandlungen sind nunmehr aufgenommen und lassen es als nicht ausgeschlossen erscheinen, daß eine Einigung zustande kommt. Von den Regierungsstellen wird der Vorschlag gemacht, die Teuerungszulage nach den gleichen Sätzen festzusetzen, wie sie die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Eisenbahnern ergeben haben. Von unserer Seite wurde Protest dagegen eingelegt, daß wir Resultate von Verhandlungen hinnehmen sollen, an welchen wir nicht beteiligt waren. Es kann nicht so gehen, daß in anderen Verträgen Vereinbarungen stattfinden und dann die Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen dieser Berufsgruppen auf die unserem Organisationsgebiet zugehörigen Arbeiter mechanisch übertragen werden. Von den Regierungsvertretern wurde dazu erklärt, daß sie die Berücksichtigung dieser Forderung anerkennen, und daß sie die Vertretung unseres Verbandes in Zukunft zu diesen grundlegenden zentralen Verhandlungen hinzuziehen wollen. Im allgemeinen ist über die zu zahlenden Sätze eine Einigung erreicht worden; nur soweit die Löhne der Arbeiterinnen in Frage kommen, sperren sich die Regierungsvertreter noch. Der Gedanke, daß für gleiche Leistungen der gleiche Lohn gewährt werden muß, ist bei ihnen noch nicht Allgemeingut geworden. Aber auch hier wird man sich auf die Dauer dieser Notwendigkeit nicht verziehen können. Das Reichsfinanzministerium will seine Zustimmung von der Bewilligung der Mittel durch den Reichstag abhängig machen. Es steht zu erwarten, daß angesichts der mehr als beschwerlichen Forderungen der Arbeiter Schwierigkeiten von dieser Seite nicht gemacht werden.

Betriebsräte

Etwas zum Nachdenken. Die Statistik ist der Revisor für die Arbeit der Vertrauensleute und der Mitgliedschaft. An der Hand der beantworteten und auch nicht beantworteten statistischen Fragebogen ist festzustellen, wo mit Erfolg, wo mangelhaft oder auch gar nicht gearbeitet worden ist. Die Zusammenstellung des eingegangenen Materials zeigt, ob auf den bisher festgestellten Wegen das gesteckte Ziel zu erreichen ist. Zu wünschen wird auch sein, wo die Franz aufzuholen ist. Die Verteilungsmöglichkeit der geleisteten gewerkschaftlichen Arbeit ist nur gegeben durch eine schnelle und doch sorgfältige Aus-

Sollst du auch umkehren? Um keinen Preis! Du wirst dich doch nicht von dem alten Bergsteiger verhöhnen oder verlachen lassen? Sollst du den Narus spielen?
Es wird schon alleine gehen; dort ist ja auch schon ein Weg, da gehst du eben weiter. Vielleicht triffst du sogar bald einen neuen Beggenossen? Hell glänzt dein Auge darum auf, als du nach einigem Steigen ein anderes Felsplateau erreichst. Sogar eine Sennhütte und dort? Steht nicht in der Tür schon der gesuchte Gefährte? Richtig! Also drauf los.
Hallo, lieber Freund, auch nach oben? fragst du ihn; denn du vermutest in ihm einen Gleichgesinnten, einen Mitstreitenden. Lachend aber sagt er: „Ach? Da hinaus? In diese einsame, neblige Höhe? Ich denke gar nicht daran! Mir ist's hier gut genug! Ich warte bis die Drahtseilbahn nach oben führt, die du doch sicher mit deinen Beggenossen anlegen wirst, wenn ihr erst genügend Mann oben seid! Uebrigens! Willst du denn ohne einen rechten Führer, der hier in diesen rauhen Höhen geboren ist, dort hinaus? Du bist doch eben so dumm wie ich!
„Schon bist du im Begriff ihn ernstlich anzuhäuten, da steht ein alter, im Tal von dir gewählter, aber dann verlassener Führer vor dir. Der Mann, der hunderten Gefahren getrotzt, der sich immer der Verantwortung bewußt blieb, die er gegenüber den Menschen trug, die sich ihm anvertraut hatten.
„Na, wo ist denn dein Freund Uebercklau?“ fragt er dich. „Glaube mir lieber, junger Freund, auch ich habe als junger Schneiseilbahn recht oft den Versuch gemacht, außerhalb der alten, ausgetretenen Wege die Kuppe zu erreichen! Auch ich war einmal nahe daran, meinem alten Lehrmeister den Vorwurf der Unentschlossenheit und Lauheit zu machen!“

fällung der herausgegebenen Fragebogen. In der Beziehung mangelt es in vielen Filialen leider noch allen Ruhmes. Dabei sind aber auch die Betriebsräte zurzeit noch zum erheblichen Teil mit eingeschlossen. Zum Betriebsrätekongreß wurde den Betriebsräten in allen Filialen ein Fragebogen über die Wirksamkeit der Betriebsräte zugestellt. Von den 731 Filialen haben nur 364 geantwortet. Die größere Hälfte 367 hielten es nicht für notwendig, überhaupt zu antworten. Dadurch ist es uns unmöglich gemacht, festzustellen, ob in den befragten Filialen überhaupt Betriebsräte gewählt sind. Von 346 Filialen wurde berichtet, daß die Wahlen ordnungsgemäß erfolgten, in 17 war das nicht der Fall. Eine Filiale ließ die Frage unbeantwortet. Sechs weitere Fragen sind in 37 bzw 88, 136, 114, 94, 96 Fällen ohne Antwort geblieben. Wie die nachstehende Darstellung beweist, waren die Fragen so einfach gestellt und durch Bezugnahme auf die gesetzlichen Bestimmungen usw. so erläutert, daß eine einwandfreie Beantwortung von jedem Kollegen erwartet werden durfte. Leider war das Resultat ein sehr unbetriebliges: Abgefragt wurde bei 731 Filialen, geantwortet haben 364 Filialen, nicht geantwortet haben 367 Filialen.

Die folgenden Fragen wurden beantwortet von Filialen

	mit ja	mit nein	unbeantw.
1. Ist für einzelne Gruppen oder für alle Betriebe einer Stadtgemeinde oder der Staatsbetriebe neben den Einzelbetriebsräten ein Gesamtbetriebsrat gebildet worden (s. § 50 d. B. N. G.)?	156	172	87
2. Ist für einzelne Gruppen oder für alle Betriebe an Stelle des Gesamtbetriebsrates und der Einzelbetriebsräte ein gemeinsamer Betriebsrat gewählt worden (s. § 50 d. B. N. G.)?	77	190	88
3. Ist die Körperschaft, welche die gemeinsamen, die Betriebsräte aller Industriegruppen angeht Fragen behandelt, gemäß den Beschlüssen des Allg. Deutsch. Gewerkschaftsbundes zusammengeleitet? (S. Gewerkschaft Nr. 34, S. 486)	100	88	186
4. Ist der Versuch unternommen worden, einzelne Betriebe (z. B. Krankenkassen) als Tendenzbetriebe (s. § 67 d. B. N. G.) auszuscheiden?	23	198	114
5. Werden allen Betriebsräten die Befugnisse aus dem Abs. 1 und 2 des § 68 des B. N. G. zugestanden?	213	84	97
6. Wird den Betriebsräten (in ähnlicher Weise wie im § 70 des B. N. G. vorgesehen) eine Mitwirkung in den Verwaltungsdeputationen, den Kommissionen, in den Gemeindeverwaltungen oder den Staatsverwaltungen bei allen Wirtschafts- und Arbeitsfragen zugestanden?	56	212	96

Es kann zugegeben werden, daß es einem Teil der Kollegen nicht möglich war, sich mit den neuen Aufgaben vertraut zu machen. Der Mangel an praktischer Erfahrung mag vielleicht Schuld sein an der so mangelhaften Beantwortung der übersandten Frage-

„Komm her mein Jungel! Hast du noch genügend Proviant in deinen Taschen, dann laß uns hinaufstreben bis zur höchsten Spitze hinauf zu dem Ziele, dem tausende deiner Genossen zutreiben!“
Du schaust in sein wetterhartes Gesicht, in seine alten ehrlichen Augen und suchst vergeblich nach dem, was dir dein Raststiefelführer ins Ohr geraunt hatte. Dieser alte Gefelle soll lediglich eines größeren eigenen Gewinnes wegen den gangbaren, sicheren Weg gehen?
Niemals! Freudig schlägst du in die dargebotene Rechte. Jetzt erst fühlst du die richtige Beggenossen. Rüstig geht es voran. Immer schwerer gestaltet sich der Weg; mancher Gleitscher macht notwendig, daß du angefaßt wirst. Aber immer näher ringst du dich mit ihm dem Ziele zu. Schon kannst du einzelne Schönheiten deutlich erkennen. Aber immer größer wird die Vorsicht. Er weiß ganz genau, daß ein falscher Tritt einen Teil der Schneemassen lösen kann, die dann beständig wachsend in die Tiefe sausen; vielleicht gerade auf die Hütten all jener, die ihm ans Herz gewachsen sind.
Je näher du dem Ziele, um so größer die Gefahren des Absturzes für dich und ihn. Wäre dein Freund Uebercklau noch bei euch, dann würde er sagen: „Sprengt doch den Berg in tausend Atome; laßt doch ruhig einige tausend Mitmenschen dabei zugrundegehen, dann braucht ihr doch nicht so schrecklich ringen!“ Ich aber errate, welches deine Antwort ist. Du würdest sicher zu ihm sagen: „Danke für deinen Rat, mir nützt nur die Bergkuppe, solange sie eine solche ist! Werde lieber ein praktischer Bergsteiger und wirf deine Theorien über Bord! Pack mit an und steige mit! Meine Führer werde ich mir aus freiem Entschluß! Meine Beggehrung bleibt auch weiterhin: Opfermut, Ueberzeugungstreue, Solidarität und Disziplin! Mein Ziel aber immer: Erreichung der Kuppe dort oben im ewigen Sonnenschein!“

bogen. Der Vorstandsverband wird zu geeigneter Zeit eine neue Umfrage veranstalten. Wir hoffen, daß das Resultat quantitativ wie auch qualitativ ein besseres sein werde. Zur Frage 6 haben wir zurzeit an die 56 in Betracht kommenden Zirkeln eine Umfrage ergeben lassen, um über die Art und den Umfang der Arbeit der Betriebsräte in den Verwaltungskommissionen usw. unterrichtet zu werden. Das Ergebnis wird den Zirkeln so bald als möglich zugestellt werden. Aus den vorliegenden Antworten ist brauchbares Material kaum zu entnehmen. Als festgestellt kann in organisatorischer Beziehung gelten, daß die Zusammenfassung der Betriebsräte zum Teil in den Gesamtbetriebsräten vor sich geht. Die Zirkeln, die sich nicht der freigewerkschaftlichen Betriebsräte zentrale angeschlossen haben, dürften wohl inzwischen bis auf eine (Halle) zurückgegangen sein. Zu befürchten ist, daß nicht nur in 54 Gemeinden die Rechte aus § 68 Abs. 1 und 2 borenthalten werden sollen. Soll die Arbeit der Betriebsräte fruchtbringend für die Volkswirtschaft gefördert werden, dann muß auch den staatlichen Arbeiten die nötige Aufmerksamkeit gewidmet werden. Im Verdachtsinteresse muß verlangt werden, daß in Zukunft jeder übermittelte Fragebogen umgehend und gewissenhaft ausgefüllt wird!

Die Stellung der Betriebsräte. Einer der bemitleidenswertesten Funktionäre in der Gewerkschaft ist der Betriebsrat. Es gibt keinen Vorgang im Betrieb, für den er nicht verantwortlich gemacht wird. Nicht nur, daß der Unternehmer alles versucht, ihn das Arbeiten zu erschweren, auch die Kollegen tragen ein gewisses Maß Schuld, wenn der Betriebsrat nicht so arbeitet, wie es eigentlich von ihm verlangt werden müßte. Jeder, der diese Zirkeln liest, wird mit dem Bruchton der Heberzeugung erklären, daß es ihm freizeite, sachlich zu kritisieren und Anträge zu stellen, die er im Interesse der Kollegen für notwendig hält. Mein vernünftiger Mensch wird ihm dieses Recht bestreiten. Aber wie sieht denn in vielen Fällen die Sachlichkeit aus? Wenn es dem Betriebsrat nicht möglich war, alles das herauszufinden, was verlangt wurde, so ist der gelindeste Vorwurf der, daß er sich hat „einflecken“ lassen. Nicht selten aber wird ihm erklärt: „Du hast Dich fleckchen lassen!“ Wehe dem armen Aert, wenn er sich dann beleidigt fühlt. Es kommt dann zu nicht immer salonfähigen Auseinandersetzungen, deren Erfolg in 99 von 100 Fällen ist, daß der Beleidigte sein Amt niederlegt und die Arbeit einem andern überläßt, der es natürlich auch nicht besser machen kann. Den Vorteil bei diesem Wechsel hat immer der Unternehmer; denn der neue Vertreter der Arbeiter kann nicht wissen, wie weit eine sich ergebende Frage bereits geregelt ist. Alle Vorteile, die sein Vorgänger herausgeholt hat, versucht der Betriebsleiter wieder zu beschaffen. Stets der Neuzugewählte dann noch mit dem „Abgeleiteten“ schickelt, so sind auch seine Tage gezählt. Der strengste Kritiker an der Tätigkeit des Betriebsrats ist der Neuzugewählte. Dabei kommt es ihm in den meisten Fällen nicht darauf an, daß andere wirtschaftliche Verhältnisse eingetreten sind, als zu der Zeit, wo er selbst antrat. Einer der Hauptgründe, der ein reibungsloses Zusammenarbeiten des Betriebsrats mit den Kollegen verhindert, liegt auf politischem Gebiet. Es ist seltsam, daß die Arbeiter nicht einsehen, daß nur der Kapitalist von dem Zwist der sozialistischen Parteien den Vorteil hat. Man kann mit Engländerungen reden, daß Gewerkschaft und politische Partei vereint sein muß, es wird von vielen nicht begriffen. Wird die Methode des Verunterreitens der Betriebsräte fortgesetzt, so ist an eine Aneuerung, geschweige denn Verbesserung des Betriebsrätegesetzes überhaupt nicht zu denken. Die Unternehmer werden mit Recht darauf hinweisen, daß der Zweck des Gesetzes, das Mißverhältnis zwischen dem Arbeiter zu wahren, bei dem ständigen Wechsel der Betriebsräte nicht zu erreichen ist. Mit diesen Ausführungen soll nicht gesagt sein, daß an der Tätigkeit des Arbeitervertreters keine Kritik geübt werden soll. Eine sachliche Aussprache über das, was besser oder jener Abmachung noch fehlt, ist unbedingt erforderlich. Der Kritiker aber muß abwägen können, was unter der gerade herrschenden Wirtschaftslage durchzuführen ist. Er darf sich nicht dazu hinreichend lassen, nur weil er eine andere politische Heberzeugung hat, zu glauben, daß böser Wille vorliegt, wenn es nicht so geht, wie er es gern möchte. Bedenken muß er ferner, daß alles nur auf dem Wege der Verhandlungen, also des Kompromisses, zu erreichen ist. Denn auch die andere Seite hat ein Wort, und zwar ein ziemlich gewichtiges, mitzureden. Bedenkt jeder die Schwierigkeiten bei der Arbeit des Betriebsrats, so wird die Kritik nie persönlich verbißern und zum Ruin für die Allgemeinheit werden.

Das ist eben der unterscheidende, scharf festzuhaltende Charakter der Arbeit in früheren Gesellschaftsperioden, daß man damals zunächst für den eigenen Bedarf produzierte und den Ueberschuß abgab, das heißt vorherrschend Naturalwirtschaft trieb. Und doch ist wieder der unterscheidende Charakter, die spezifische Bestimmtheit der Arbeit in der modernen Gesellschaft, daß jeder nur produziert, was er durchaus nicht braucht, das heißt, daß jeder Tauschwerte produziert, wie früher vorherrschend Nutzwerte. Ferdinand Lassalle.

Aus unserer Bewegung

Berlin. (Verlagte Tarifverhandlungen im Berliner Rathaus.) Ueber die von unserem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, dem Transportarbeiter-Verband, dem Verband der Maschinisten und Heizer, Metallarbeiter-Verband, Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter und dem Zentralverband der Angestellten am 26. November 1920 eingereichten Anträge zum 6. Lohnstufentafel sollte am 4. Januar 1921 verhandelt werden. Bei Einreichung der Anträge war von den Arbeitnehmer-Organisationen besonders betont worden, daß diese tariflichen Vereinbarungen nur für freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter Geltung haben sollten, und demzufolge auch nur die antragstellenden Organisationen verhandlungsbezüglich sein dürften. Die Tarifdeputation des Magistrats trug diesem Wunsch Rechnung, indem sie in einer Einladung zu den Verhandlungen darauf hinwies, daß die, dem Lohnstufentafel nicht angeschlossenen Arbeitnehmerverbände, soweit sie an den Verhandlungen teilzunehmen wünschten, sich an die Kartellverbände zwecks Einräumung der Teilnahmebefugnis und der Anzahl der Vertreter zu wenden hätten. Der Magistrat legte also die endgültige Entscheidung über die Teilnahme anderer Organisationen an den Verhandlungen in die Hände der antragstellenden Verbände. Anträge anderer Organisationen, an den Verhandlungen teilzunehmen, sind an die Verbände nicht gerichtet worden. Die Tarifkommission war darum sehr erfreut, als sich zu den Verhandlungen der Verband der Kopf- und Handarbeiter und weiterhin der Gewerkschafts- und der Angestellten einfinden. Die Vertreter des Lohnstufentafels erklärten, daß sie nicht bereit seien, gemeinsam mit diesen beiden Organisationen zu verhandeln, einestheils deswegen, weil diese Organisationen nicht dem Lohnstufentafel angeschlossen seien und von ihnen besondere Anträge vorlägen, andererseits wäre das Lohnstufentafel nur bereit, mit freigewerkschaftlichen organisierten Arbeitnehmern gemeinsam zu verhandeln. Dies trifft auf die beiden vorgenannten Organisationsrichtungen nicht zu. Gestützt auf die Beschlüsse der Tarifdeputation erklärten die Vertreter des Magistrats, daß sie die Verhandlungen nur mit den, dem Lohnstufentafel angeschlossenen Arbeitnehmerverbänden zu führen bereit seien. Der Vorsitzende Stadtrat Koblenger forderte die nicht geladenen Organisationen auf, den Saal zu verlassen. Die Vertreter sowohl des Kopf- und Handarbeiterverbandes wie des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, der den Kirch-Tunderischen Gewerksvereinen nahesteht, erklärten, dieser Aufforderung nicht Folge leisten zu wollen. Sie würden nur der Gewalt weichen. Da weder die Vertreter der Arbeitgeber noch die Vertreter der Arbeitnehmer den unangelegenen Willen gegenüber Gewalt anwenden wollten, blieb weiter nichts übrig, als die Sitzung aufzuschieben. — In den Verhandlungen glaubte der Vertreter des Verbandes der Kopf- und Handarbeiter, Herr Leich, den Vorwurf der Verschleppung erheben zu müssen. Demgegenüber sei festgestellt, daß durch Personen, die wieder die zur Verhandlung geladenen Anträge eingereicht haben, noch zur Verhandlung geladen waren, die Tarifverhandlungen sabotiert worden sind, und zwar sind das die gleichen Personen, die beitreten sind, die freigewerkschaftlichen Organisationen der Gemeindearbeiter zu zerstören. Die Schwere der Kopf- und Handarbeiter und ihrer Kirch-Tunderischen Parteifreunde hat wohl eine kurze Verzögerung der Verhandlungen zur Folge, doch besteht bei beiden Tarifkontrahenten der lebhafteste Wunsch, die Verhandlungen schnellstens zum Abschluß zu bringen. In Rücksicht auf die eingetretene Verzögerung haben die freigewerkschaftlichen Organisationen beschlossen, beim Magistrat zu beantragen, auch für Januar a. M. die Tarifverhandlungen einen Vorstoß von 100 Mark zu zahlen.

Berlin. Die Arbeiterverwaltung schreibt uns: Verrat der Arbeiterinteressen bei den Tarifverhandlungen der Gemeindearbeiter? In Nummer 6 der „Roten Fahne“ wird im Anschluß an den Bericht über die Tarifverhandlungen der Gemeindearbeiter das Verhalten der freigewerkschaftlichen Organisationen einer scharfen Kritik unterzogen. Was wir erwarteten, nämlich, daß die prinzipielle Haltung der im Lohnstufentafel beteiligten Organisationen als „Verrat“ an den Arbeiterinteressen von gewissen Kreisen bezeichnet werden würde, ist eingetroffen und die „Rote Fahne“ hat sich leider zum Sprachrohr der Gegner der freien Gewerkschaften hergegeben. Wir sind überrascht durch das Verlangen der „Roten Fahne“, daß die freien Gewerkschaften Hand in Hand mit allen möglichen Organisationen Tarifverhandlungen zu führen hätten. Diese Auffassung läßt stark die Skepsis vermischen, die doch sonst nach ihrer eigenen Auffassung die harte Zeile der „Roten Fahne“ ist. Die Vermutung, mit Kirch-Tunderischen Verbänden oder mit Organisationszersplitterern, wie es der Verband der Kopf- und Handarbeiter ist, zusammen in Eintracht zu verhandeln, muß die reaktionäre Gewerkschaftsbureaucratie ablehnen, vor allem deswegen, weil gerade aus dem Kreise ihrer Mitgließer das größte Verlangen gestellt wurde, nur im Rahmen der freigewerkschaftlichen Verbände zu handeln. Deswegen ist auch die Aufforderung der „Roten Fahne“ an die Mitglieder der freien Gewerkschaften zum Protest gegen die Handlungsweise der Gewerkschaftsbureaucratie deplaziert. Einzelfest sei, daß der Beschluß der Tarifdeputation des Magistrats, nur mit den freigewerkschaftlichen Organisationen die von diesen eingereichten Anträge zu verhandeln, zur Zustimmung der politischen Freunde der

"Roten Fahne" gefakt wurde. Der Vorwurf, unser Verband trage Schuld am Weiterbestehen des Hand- und Kopfarbeiterverbandes, ist ebenso an der Luft gegriffen. Unsere Organisation als Mitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist gebunden an die Beschlüsse des Bundes. Er ist weiter gebunden an die Beschlüsse des ersten Betriebsrätekongresses. Bei einer Mitsprache über Verschmelzungsmöglichkeiten hat der Vertreter des Verbandes der Hand- und Kopfarbeiter diese Vorschläge nicht anerkannt. Wir jalousien uns dem Wunsche der "Roten Fahne" auf Anschluß des Verbandes der Hand- und Kopfarbeiter an eine freigewerkschaftliche Organisation an. Dieser Anschluß wird aber nicht dadurch herbeigeführt, daß noch während der obigen Verhandlungen und auch heute noch der Verband der Hand- und Kopfarbeiter seine Tätigkeit darauf beschränkt, in den Mitgliederversammlungen der freien Verbände gegen die freien Verbände zu setzen und für Anschluß an den Verband der Hand- und Kopfarbeiter zu agitieren. Daß mit diesen Elementen ein Hand-in-Hand-arbeiten unmöglich ist, bedarf keiner weiteren Erläuterung.

Berlin. Die am 22. Dezember in den Andreas-Eiden tagende Generalversammlung wurde einberufen auf Grund von Anträgen, die in der Funktionalerversammlung vom 19. Dezember 1920 geteilt wurden. Veranlassung dazu gab die Ablehnung der durch Umabstimmung ausgeschriebenen Beitragserschöpfung. Die Ortsverwaltung wurde beauftragt, die Erhöhung der örtlichen Zuschläge, die nach der Ablehnung 80 Pf. betrug, Stellung zu nehmen, um so mehr, als dadurch die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und Ausdehnung auf landwirtschaftliche Organisationszugehörigkeit in Frage gestellt war. Nach eingehender Aussprache, in der zum Ausdruck kam, daß neben der Unterstützung der arbeitslosen Brüder die Stärkung der Kampfkraft der Organisation in der jetzigen Zeit eine der wichtigsten Aufgaben sei, wurde die Erhöhung des Ortszuschlages von 80 Pf. auf 1 M. fast einstimmig beschlossen. Die Beiträge sind demzufolge vom 2. Januar 1921 ab: I. Beitragsklasse 3,50 M. (bisher 2,50) Wochenverdienst über 150 M., II. Beitragsklasse 3 M. (bisher 2 M.) Wochenverdienst von 100-150 M., III. Beitragsklasse 2,50 M. (bisher 1,50 M.) Wochenverdienst von 70-100 M., IV. Beitragsklasse 1 M. (bisher 0,50 M.) Wochenverdienst bis 60 M., V. Beitragsklasse 0,50 M. (bisher 0,25 M.) pensionierte und invalide Mitglieder. Den Arbeitslosen wird eine erhöhte Arbeitslosenunterstützung gezahlt, und zwar den Bezüglern von gemeinlichen Arbeitslosenunterstützungen 90 M. und den Nichtbezüglern von gemeinlichen Arbeitslosenunterstützungen 80 M. auf 13 Wochen nach Wöchentlichkeit der Krankheitsdauer. Daran wird den arbeitslosen und pensionierten Kollegen eine einmalige Weihnachtunterstützung von 30 M. gezahlt. Im 2. Punkt der Tagesordnung wurde nochmals Stellung genommen zum Antrag vom 10. Dezember 1920, in dem beschlossen worden war, die örtliche Krankheitsunterstützung fortfallen zu lassen. Die Generalversammlung kam zur Überzeugung, daß in der jetzigen Situation eine Aufrechterhaltung dieses Schlusses zu großen technischen Schwierigkeiten führen könnte. Es wurde daher nach eingehender Aussprache ein Antrag angenommen, der besagt, daß die örtlichen Zuschläge der Krankheitsunterstützung weitergezahlt werden sollen, daß aber die zum nächsten Verbande delegierten Kollegen verpflichtet sind, für den Abbau der Krankheitsunterstützung einzutreten, und zwar dort, wo volle Lohnzuschüsse in Krankheitsfällen gezahlt werden. Die dadurch freiwerdenden Summen sollen zur Stärkung der Kampfkraft unserer Organisation verwendet werden. Unter "Verbandsangelegenheiten" wurde nach Erledigung kleinerer Anträge ein kurzer Bericht über den Verlauf unserer Tarifbewegung gegeben, in dem über die Schritte berichtet wurde, welche von Seiten des Verbandes unternommen wurden, um bis zur Erledigung der Tarifverhandlungen einen Vorschuß von 200 M. für alle städtischen Arbeiter zu erhalten.

Freistaat Hessen. Am 23. Dezember 1920 tagte in Fitting eine Konferenz der am Bezirksarbeitsgeberverband des Freistaates Hessen beteiligten Filialen unseres Verbandes. Vertreten waren: Die Ortsverwaltungen Mainz, Wiesbaden, Darmstadt, Offenbach, Worms, Diebrich, Alzei und Fitting, sowie die Gauvertreter von Mainz, Frankfurt und Mannheim. Die Konferenz war zusammengekommen worden, um über den in viertägiger Verhandlung mit dem Bezirksarbeitsgeberverband abgeschlossenen Bezirksmanteltarif, Bezirksrubelohnordnung und Bezirkslohntarif zu beraten. Kollege Kunkle-Mainz schilderte die Schwierigkeiten, die sich der bezüglichen Regelung nicht nur von Arbeitgeber, sondern auch von Arbeitnehmerseite entgegenstellten. Kollege Behold-Frankfurt referierte über den Bezirksmanteltarif. Der Referent wies auf die Grundlinie der bezüglichen Regelung des Reichsmanteltarifs hin. Er erklärte, daß es in mehreren Punkten gelungen sei, über diesen hinaus Vorteile für die Arbeiter herauszuholen. Kollege Kunkle sprach dann über die Bezirksrubelohnordnung. Die städtischen Arbeiter haben nunmehr fast die gleichen Pensionssätze wie die P-omten. Die Bezirksrubelohnordnung stellt einen erfreulichen Fortschritt dar. Während früher als Höchstmaß 65 Proz. des Einkommens pensionsfähig waren, haben wir heute einheitlich 75 Proz. erreicht. Hierauf referierte Kollege Wauer-Mannheim über den Bezirkslohntarif. Die Geltungsdauer ist bereits zwei Monate, vom Februar ab monatlich. Nach jedem Referat

folgte eine ausführliche Diskussion ein. Es wurde konstatiert, daß die Kollegen, welche durch örtliche Verhandlungen vielleicht mehr herausgeholt hätten, bereit sind, zugunsten der bezüglichen Regelung davon abzusehen. Erst wenn wir auf gemeinsamer Plattform stehen, wird es möglich sein, auch für uns gemeinsame Vorteile zu erringen. Die Abstimmung ergab Annahme der bezüglichen Regelung gegen eine Stimme.

Gau Bielefeld. Um den wirtschaftlichen Bedürfnissen unserer Kollegen Rechnung zu tragen, wurde der Lohnstarif zum 1. Januar 1921 gekündigt. Folgende Forderung wurde dem Bezirksarbeitsgeberverband Minden-Ravensberg vortrueitet: Der Stundenlohn in der Ortsklasse A soll um 80 Pf. pro Stunde erhöht werden, ferner sollte die Kinderzulage auf 2 M. pro Tag und Kind festgesetzt und der Lohn für die Jugendlichen auf 80 Proz. des Einstellungslohnes heraufgesetzt werden. Am 11. Dezember fand die erste Verhandlung statt; bei den Finanznotizen der Städte ist es verständlich, wenn die Vertreter des Arbeitgeberverbandes erklärten, wir können euch nicht mehr bewilligen. Der Gegenanschlag, der uns gemacht wurde, betrug ganze 20 Pf. pro Stunde sowie die Erhöhung der Kinderzulage auf 2 M. Alles übrige wurde abgelehnt, so daß eine Durchschnittserhöhung von pro Stunde 30 Pf. zu verzeichnen gewesen wäre. Da ein weiteres Feilschen und Handeln aussichtslos war, entschied sich die Verhandlungskommission dahin, der tariflichen Schiedsstelle unsere Forderung zur Entscheidung vorzulegen. Die Verhandlung fand am 20. Dezember im Bielefelder Rathaus statt. Alle schönen Indegiffen und sonstigen schlagender Beweise wurden anerkannt, aber — die traurigen Finanzen der Städte machte deren Vertreter unerbittlich. Es wurde erwähnt, daß man uns die Ertröhen-dahmen der Stadt Osnabrück ohne weiteres zur Verfügung stelle, denn eine derartige Belastung löme die Stadt nicht mehr auf sich nehmen. Bieweit dies verwirklicht wird, bleibt abzuwarten. Eines aber muß immer wieder erwähnt werden, harte Zeiten erfordern harte, auf Herz und Nieren geprüfte Männer, und es gehört gewiß eine gewaltige Portion Ausopferung der Kommissionsmitglieder dazu, in solchen Tauerisungen Stich zu halten. Mit unerschütterlicher Energie erfolgte Rede auf Gegenrede, auf beiden Seiten gleiche unbedingame Willensbekundung. Die Schiedsstelle fällt nachstehenden Schiedspruch: Die Stundenlöhne der Arbeiter in der Ortsklasse A werden für Handwerker und Angelernte um 35, Angelernte um 30, für Frauen um 25 Pf. erhöht. Die Kinderzulage war schon vorher von den Arbeitgebern auf 2 M. erhöht, aber die Gewährung bis zum 16. Lebensjahre wurde auch von der Schiedsstelle nicht gutgeheißen. Sie wurde gleichfalls wie die Forderung für die Jugendlichen abgelehnt. — Wir haben nicht erreicht, was wir erhofften, und nur aus sachlichen Gründen gaben wir unsere Zustimmung. Aber was wäre erreicht, wenn wir nicht eine mächtige Organisation hinter uns hätten. Es wäre uns innerhalb eines halben Jahres nicht gelungen, derartige Erfolge zu erzielen, wie sie bestehen. Die Kämpfe werden immer widerstandsvoller. Es heißt den Raden stählen, um der Zukunft gewachsen zu sein und nicht wieder gut abzugeben zu müssen. Mit anderen Worten: Güter und Härten den Verband, verbietet jede Zerfplitterung und Kräfteverteilung, dann werden wir auch den Erfolgen folgen, mögen sie kommen woher sie wollen, gewachsen sein. — Die Neuregelung der Löhne im Bereiche des Bezirksarbeitsgeberverbandes Minden-Ravensberg und angrenzender Gebiete sieht nunmehr folgendermaßen aus: A. Mitglieder des Arbeitgeberverbandes nach Ortsklassen aufgeführt: Ortsklasse I: Bielefeld, Osnabrück. Ortsklasse II: Herford, Minden. Ortsklasse III: Detmold, Gütersloh, Salzgitter. Ortsklasse IV: Bad Oeynhausen, Bielefeld. Ortsklasse V: Lage, Ostfriesland, Lübbecke, Lemgo, Blotha. Ortsklasse VI: Bielefeld. Ortsklasse VII: Stadthagen. Die Ortsklasse VI ist bisher unbefestigt. B. Löhne ab 1. Januar 1921 in Mark:

Gruppe	Ortsklasse						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Malerinnen	1,47-4,47	1,01-4,07	1,90-4,97	3,01-4,17	3,02-3,99	3,44-4,71	1,11-3,97
Angelernte	1,75-4,71	1,03-4,19	1,74-4,06	3,04-3,99	3,74-4,28	3,28-3,99	1,08-3,28
Unangelernte	4,00-4,80	1,90-3,99	3,61-3,99	3,02-3,74	3,25-3,87	1,90-3,99	1,00-3,00
Frauen	2,06-2,46	1,96-2,21	1,90-2,14	1,70-2,10	1,97-1,99	1,79-1,99	1,05-1,71

Jugendliche von 18-20 Jahren erhalten 70 Proz. des Anfangslohnes, von 14-18 Jahren nach Vereinbarung mit den Betriebsräten eine Kinderzulage pro Tag um 1 M. und unter 14 Jahren: In der Ortsklasse I 2 M., II und III 1,75 M., III 1,50 M., IV bis VII 1,25 M.

Die Gaukonferenz in Karlsruhe am 18. und 19. Dezember nahm zunächst den Tätigkeitsbericht des Gauleiters Bürker entgegen. Kollege Stetter-Berlin referierte über den Stand des Reichsttarifs. Eine eingehende Aussprache folgte den beiden Referaten. Gewünscht wurde eine einheitlichere Gaueinteilung durch den Hauptvorstand. Die Beitragsfrage wurde einheitlich für den ganzen Gau geregelt. Ueber Landbestatist angelegten Referat referierte dann Kollege Bürker. Auch diesem Referat folgte eine rege Aussprache. Einstimmig erfolgte die Annahme einer Entschlieung, in welcher Protest erhoben wird gegen den Erlaß des Reichspräsidenten vom 10. November 1920. Dessen schleunigste

40
n im Ver-
band der Ge-
Verband, dem
Verband, Ver-
kontrolverband
Anträge zum
den. Bei Ein-
Organisationen
barungen nur
haben sollten,
sitionen ver-
Einigung des
Einigkeit nicht
den Verband-
erände gemäß
der Vertreter
idgültige Ent-
an den Ver-
träge
sigt zu sein,
arbeitskommission
der Ver-
Gewerkschafts-
obstanzfalls er-
diesen beiden
weil diese Or-
und von
des Lohnstarif
Arbeitnehmern
vorgenannten
Beschlüsse der
sitz, daß sie
angeschlossenen
er Vorliegende
Organisationen
des Kopf- und
des der An-
nehmen maßst-
u wollen. Die
Vertreter der
u ungeheuren
weiter nichts
Verhandlungen
Gauarbeiter,
den zu müssen,
weder die zur
noch zur Ver-
beitert worden
strebt sind, die
reitet zu ger-
über ihrer Pflicht-
erfüllung der
risikofreien
zum Abschluß
Begründung haben
beim Haupttarif
Verhandlungen
der Arbeiter-
arbeiter? In
an den Bericht
das Verhalten
Antritt unter-
sätzliche Fallun-
s "Berat" an-
eignet werden
lich leider zum
ergegeben. Wir
öhne", daß die
unzulässigen Cr-
Tiefe Auf-
sicht nach ihrer
ist. Die Ju-
Organisations-
andarbeiter ist
reaktionäre Ge-
en, weil gerade
u gestellt wurde,
de zu handeln
ie" an die Mit-
die Handlung
umrecht sei, daß
er mit den frei-
angereichten An-
en Freund: der

Aufhebung sei unerlässlich. Eine Entschlebung, in welcher der Technischen Notbisse der schärfste Kampf angelegt wird, fand einmütige Annahme. In einer anderen Entschlebung wird gegen die rigorose Art und Weise, wie vom Reichsarbeitsministerium jetzt mitten im Winter die Kündigung und Entlassung des Lazarett-personals betrieben wird, Verwahrung eingelegt und der Verbandsvorstand beauftragt, bei den zuständigen Reichsstellen und den berufenen Parteiorganisationen die nötigen Schritte zu tun, daß diese Härten unterbleiben bzw. vom Reichstag aus unmöglich gemacht werden. Die Vorarbeiten zwecks Abschluß eines neuen Lohntarifes werden einer Kommission überwiesen. Die beiden letzten Punkte der Tagesordnung mußten der vorgerückten Zeit wegen von der Tagesordnung abgesetzt werden. Als Tagungsort für den nächsten Goutag wird einmütig Biorzheim bestimmt.

Vom Rhein-Bonn. In Nr. 46 der „Gewerkschaft“ haben wir über den neu abgeschlossenen Bezirkstarif für das besetzte Rheinland berichtet. Die in diesem Tarif vorgesehenen Stundenlöhne wurden am 1. Dezember gekündigt. Nachdem eine Verhandlung am 18. Dezember ergebnislos verlief, kam endlich am 4. Januar die zweite Verhandlung zustande. Die Verhandlungen drohen mehrmals zu scheitern. So war von den Arbeitgebern bis zur Mittagsstunde überhaupt ein Angebot noch nicht gemacht. Einige Städtevertreter wollten überhaupt keine Lohnserhöhung bewilligen, andere wieder wollten erst das Gesetz der Besetzungszulage vorliegen haben, ehe sie zu der Lohnfrage Stellung nehmen könnten. Obwohl wir die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden anerkennen, auch die sonstigen Schwierigkeiten hinsichtlich des Sperrgeldes verstehen können, konnten wir einer längeren Verzögerung der Lohnregelung doch nicht zustimmen. Endlich in den späten Nachmittagsstunden kam eine Verständigung zwischen der Verhandlungskommission der Arbeitnehmer mit den Vertretern des Arbeitgeberverbandes zustande. Danach werden ab 1. Januar die Löhne erhöht, und zwar in der Krisisklasse A 1 und A 2 um 40 Pf. für männliche Arbeiter, für weibliche um 20 Pf.; Krisisklasse B männliche um 30, weibliche um 15 Pf.; in der Krisisklasse C männliche um 25, weibliche um 15 Pf.; in den Krisisklassen D und E männliche um 20, weibliche Arbeiter um 10 Pf. pro Stunde. Das Kindergeld von 1,50 M. für jedes Kind und pro Tag bleibt bestehen und wird auch in Krankheitsfällen und Urlaub weiter gezahlt. Hierzu wird ab 1. Januar für Verheiratete und Ledige, die alleinige Ernährer ihrer Familie sind, ein Hausstandsgeld von 2 M. pro Tag gezahlt. Die Löhne der Jugendlichen 90 Prozent, unter 19 Jahren 80 Prozent, unter 18 Jahren 70 Prozent, unter 17 Jahren 60 Prozent, unter 16 Jahren 50 Prozent, unter 15 Jahren 30 Prozent der neuen Löhne. Den Verhältnissen Rechnung tragend und um nicht alles wieder zu lassen nahm die Verhandlungskommission nachstehende Klausel an: „Soweit die Gemeindefacharbeiterlöhne durch diese Lohnserhöhung über die tatsächlichen Verdienste der gleichwertigen Stundenlohnarbeiter der örtlichen Industrie steigen würden, kann das Mitglied des Arbeitgeberverbandes binnen 2 Wochen von dem Beschuß der Mitgliederversammlung des Arbeitgeberverbandes ab die Herabsetzung der Löhne auf die tatsächlichen Verdienste der gleichwertigen Stundenlohnarbeiter der örtlichen Industrie entscheiden endgültig, ob und in welcher Höhe eine Lohnserhöhung eintreten soll. Als Stichtag ist maßgebend der Tag der Einlegung des Einspruchs. Kinder- und Hausstandsgeld sind gegenseitig anzurechnen. Der Wert der sozialen Einrichtungen (Krankenkassen, Urlaub, Bezahlung der Wochenfeiertage und Ruhegeldberechtigung) sowie die etwaigen Erleichterungen in der Beschaffung von Gegenständen des täglichen Bedarfs bleiben beiderseits außer Betracht.“ Diese Klausel wird uns gewiß in manchen Orten Schwierigkeiten machen, aber ohne Mühe kein Gewinn, ohne Kampf kein Fortschritt. Wir werden also auch dieser Schwierigkeiten Herr werden. Vor allem ist mit dieser Klausel aber den Kollegen Gelegenheit gegeben, die in den Versammlungen im Prustion der Überzeugung behauptet haben, daß die Löhne in der Prustion der Industrie erheblich höher seien, nunmehr den Beweis für die Behauptung anzutreten, falls die Gemeinde die Herabsetzung der Löhne beantragt. Die Annahme dieser Klausel zeigt uns aber auch, daß sich unsere Lohnverhandlungen von Woche zu Woche schwieriger gestalten. Das angerechnete Jahr wird auch für uns städtische Arbeiter reich an Kämpfen sein. Deshalb ist es nicht ausganglos, daß man sich bei Kleinigkeiten in einem großen Wortschwall ergreift und die vernünftig denkenden Kollegen aus den Versammlungen hinaus drückt. Nein, jeder Kollege soll positiv mitarbeiten, die Organisation ausbauen, damit wir jederzeit in der Lage sind, unserer Aufgabe auch unter den schwierigsten Verhältnissen gerecht zu werden!

Halle a. d. S. In der Mitgliederversammlung am 10. Dezember gab Kollege Rölke das Ergebnis der Abstimmung der Filiale Halle bekannt. Demnach haben etwa 50 Proz. überhaupt nicht abgestimmt, die übrigen verteilen sich fast gleichmäßig auf zwei Häften. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die Mitglieder der Filiale Halle erkennen, die Notwendigkeit einer Lohnserhöhung voll und ganz an, können sich aber auf keinen Fall mit der Verwendung der Gelder, wie sie der Hauptvorstand vorschlägt, einver-

standen erklären. Aus ganz bestimmten Gründen verlangen die Mitglieder der Filiale Halle sofortige Aufhebung der Erwerbslosenunterstützung. Sie verlangen vom Verbandsvorstand und -auschluß, daß die von den Mitgliedern gezahlten Beiträge nur ausschließlich zur Erlämpfung der wirtschaftlichen Noth verwendet werden und nicht zu heimlichen Alibiaktionen. Hierauf referierte Arbeitersekretär Grabow. Er erklärte die Neutralität der Gewerkschaften in politischer Beziehung als Hindernis der wirtschaftlichen Kämpfe und verlangte Schenkung der Mitglieder in dieser Hinsicht durch die Gewerkschaften. Denn die Gewerkschaften sind nicht Selbstzweck, sondern sie sind Hilfsmittel der Parteien im Kampfe um die politische Macht. Und die Verschämung der Schulung der Mitglieder rächt sich jetzt bitter. Statt dessen legen sich die Gewerkschaftsführer mit dem Kapital an einen Tisch und bilden Arbeitsgemeinschaften und glauben hier das Alibiinstrument entdeckt zu haben, können aber damit den Sturz des Volkes in den Abgrund nicht aufhalten. (Wir stellen ungefähr zum zehntenmal erneut fest, daß unser Verband keiner Arbeitsgemeinschaft mit Unternehmern angehört D. R.) Denn nur Kampf, und zwar politischer Kampf um die Macht kann den arbeitenden Volk die Rettung bringen. Auf dem Boden der Demokratie ist dieser Kampf nicht zu führen. Hier zeigt uns die Dritte Internationale den Weg, der gegangen werden muß. Nicht der Westen oder das Ausland kann und will uns vor dem Verhungern schützen, nur im Anschluß an den Osten liegt unsere Zukunft. Auf dem Boden der heutigen Gewerkschaftspolitik läßt sich nicht weiter arbeiten. Die Gewerkschaften sollen nicht vernichtet, aber umgebildet werden im Sinne der Dritten Internationale. (Unser gegenseitiger Standpunkt in diesen Fragen ist bekannt D. R.) Nach lebhafter Debatte wurde folgender Antrag angenommen: „Die heute im Volkspark tagende außerordentliche Mitgliederversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter stellt den Antrag, daß sich die Gewerkschaft geschlossen der Dritten Internationale angeschlossen hat.“ Kollege Hertel erklärte ab dann, daß eine nochmalige Beiprechung des Lohntarifes keinen Zweck habe, da Verhandlungen mit dem Magistrat bevorstehen. Kollege Hertel wies dann auf die Zahlung der Extramarlen hin, da es notwendig ist, den Kampffonds zu stärken.

Neuenahr. Die Kollegenschaft nahm in einer Versammlung Stellung zu dem Verfallen der Gemeindeverwaltung, die den eben erst abgeschlossenen Tarif wieder gekündigt hat, um mit Reformvorschlügen an die Organisation heranzutreten. Welcher Art diese sein können, lassen die Maßnahmen der Verwaltung, die Entlassungen, verkürzte Arbeitszeit usw. einfließen möchte und zum Teil getan hat, erkennen. Wenn selbst ein links stehendes Gemeinderatsmitglied erklärt: „hätet ihr euch begnügt mit dem alten Lohn von 3,70 M., wäre alles gut gewesen“, dann wundern sich die Arbeiter nicht über die Versuche, in abnehmendem Sinne zu „reformieren“. Die Versammlung beschloß, wenn die Finanzkommission der Ortsgemeinde beratende Vorschläge unterbreiten sollte, erneut den Schlichtungsausschuß in Andernach anzurufen. Auch diese Zahlstelle wird ab 1. Januar Filiale.

Birmensdorf. Die Versammlung am 5. Dezember beschäftigte sich mit der Lohnfrage. Die Kollegenschaft forderte von der Stadtverwaltung 1,20 M. Zulage pro Stunde mit Rückwirkung bis 15. Oktober 1920. Die Verhandlungen waren am 6. Dezember, zugezogen wurde der Betriebsratsausschuß. Der Vorschlag des Bürgermeisters war folgender: Festsetzung von 5 Lohnklassen: 1. Klasse: Ledige 4,85 M., Verheiratete 5,10 M., Stundenlohn; 2. Klasse: Ledige 4,70 M., Verheiratete 4,95 M.; 3. Klasse: Ledige 4,50 M., Verheiratete 4,75 M.; 4. Klasse: Ledige 4 M., Verheiratete 4,25 M.; Frauen über 18 Jahre: Ledige 3,35 M., Verheiratete 3,60 M.; Frauen unter 18 Jahren und Jugendliche und Ledige 2,95 M., Verheiratete 3,20 M. Teuerungszulage und Krisiszulage sind bereits im Lohn enthalten. Außerdem erhält der Arbeiter nach den Grundsätzen der Sozialzulage einen Zuschlag von 60 Pf. pro Arbeitsstunde (Ledige), von 75 Pf. pro Arbeitsstunde (Verheiratete) und 300 M. jährlich für jedes Kind. Bezüglich der Kinderzulage wird der Arbeiter dem Beamten und Angestellten gleichgestellt: Kinder unter 6 Jahren 40 M. monatlich, von 6 bis 14 Jahren 50 M. monatlich, von 14 bis 15 Jahren 60 M. monatlich. Das Existenzminimum ist (wie beim Beamten und Angestellten) 12.000 M., d. i. bei Annahme einer 48-Stundenwoche 230 M. wöchentlich. Bei Nichterreicherung dieses Betrages wird der Unterchied als außerordentliche Zulage ausgezahlt. Die Regelung der Arbeitsverhältnisse tritt ab 15. Oktober in Kraft. Diese Regelung wurde angenommen.

Neuenagen. Auf den Antrag der Organisationsleitung vom 30. November 1920, eine Lohnaufbesserung in Höhe von 70 Pf. pro Stunde eintreten zu lassen, erhielt die Arbeiterchaft mit Wirkung ab 1. Dezember die geforderten Mehrbeträge. Zu einem Tarifabschluß ist die Stadt nicht zu bewegen, da gewisse Widerstände nicht zu überwinden sind. Außerdem heißt es, daß der Städtebund, der die kleineren Städte unter 40.000 Einwohner umfaßt, ein Gerner des Aufschlusses an den A. G. B. für das besetzte Gebiet. Andererseits liebgewohnen diese Städte der dortigen Gegend mit dem A. G. B. für Handel und Industrie aus der Maueiner Gegend. Eigentlich ein sonderbares Verhalten, das sich aber erklärt aus dem Widerstand gegen die sozialen Einrichtungen des Tarif.

Kantilenangehörigen. Die wiederholten Versuche der Rassenverbände, durch zentrale Vereinbarungen den Frieden oder wenigstens ein erträgliches Verhältnis mit den Ärzten herzustellen, müssen als endgültig gescheitert angesehen werden. Der Ärzteverband ist nicht verträglich, weil die ihm angeschlossenen Ärztevereinigungen vielfach die Erstgattung verweigern. Erstlich erkennen die Ärzte von den Vereinbarungen häufig nur das als bindend an, was für sie günstig ist. Nach der Ärzteverband hält sich nicht an Vereinbarungen oder gibt ihnen eine Auslegung, die mit ihrem Wortlaut und ihrem klaren Sinn nicht zu vereinigen ist. Nach jeder unter den schwierigsten Verhandlungen und unter Drohungen der Ärzte zustande gekommenen Vereinbarung entstehen den Krankenkassen neue Schwierigkeiten, neue Kämpfe, so daß sie nicht zur Ruhe kommen. — Der Kernpunkt der Arztfrage liegt in der ungleichen Behandlung der Rassen und Ärzte durch das Gesetz. Es legt zwar den Rassen die Verpflichtung auf, ihren Mitgliedern ärztliche Behandlung zu gewähren, setzt sie aber keineswegs in den Stand, diese Leistung auch zu angemessenen Bedingungen zu erlangen. Das Gesetz gibt den Ärzten ein Monopol auf ärztliche Behandlung der Versicherten, überläßt es jedoch dem Ermessen der Ärzte, ob und unter welchen Bedingungen sie für die Rasse tätig sein wollen. Diese Monopolstellung wird von den Ärzten in rücksichtsloser Weise ausgenutzt. — Die heute versammelten Vertreter aller Rassenarten, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, ohne Unterschied der parteipolitischen Stellung, fordern daher nachdrücklichsten Schutz der Rassen durch die Gesetzgebung nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Vorzugstellung der Ärzte muß beseitigt werden. Sobald bei den Rassen die ärztliche Versorgung gefährdet ist, müssen die Rassen ohne weiteres berechtigt sein, an Stelle der ärztlichen Behandlung eine Barleistung zu gewähren. In Verbindung hiermit ist der § 80 der Reichs-gewerbeordnung dahin abzuändern, daß die Ärzte, wenn sie die Behandlung übernehmen, verpflichtet sind, Versicherte zu den Mindestsätzen der amtlichen Gebührenordnung für Ärzte zu behandeln. — 2. Zur Verbesserung der Krankenbehandlung muß den Krankenkassen insbesondere die Erleichterung von ärztlich geleiteten Behandlungstellen (Ambulatorien u. dgl.) erleichtert werden. — 3. Die Zulassung der Ärzte zur Kasistentätigkeit muß nach dem Grundsätze der Bedarfsdeckung geregelt werden. Die Rassen dürfen nicht aus Rücksicht auf ärztliche Erwerbs- und Berufsinteressen gezwungen werden, mehr Ärzte zu lassen, als zur guten Behandlung der Kranken erforderlich sind. Durch die von dem Ärzteverband geforderte schrankenlose Zulassung der Ärzte zur Kasistentätigkeit wird der ungelobte Zutrang zum Arztberufe nur gefördert. — 4. Zur Förderung eines geordneten Zusammenwirkens sind Schiedsämter bei den Versicherungsämtern, Schiedsämter bei den Lebensversicherungsämtern und ein Zentral-schiedsamt beim Reichsarbeitsministerium zu errichten. — Die geduldeten Lage der Rassen ist infolge der gewaltigen Verrentung aller Rührerleistungen bedrohlich. Da aber die Höhe der Rassenansgaben von den Ärzten ausschlaggebend beeinflusst wird, richtet der Allgemeine Deutsche Krankenkassentag an Reichsregierung und Reichstag die dringende Bitte, die Arztfrage unverzüglich auf obiger Grundlage zu ordnen."

• Eingegangene Schriften und Bücher •

Die Verfassung des Freikantons Preußen vom 30. November 1920. Zugangsdate mit Register, eingeleitet und erläutert von Paul Hirsch Verlag: Vorwärts, Berlin ZB. 68. Preis 2,50 Ml.

Der Reichliche Reichswirtschaftsrat. Von Dr. Hans Schäffer. Berlin. Kommentar der Verordnung vom 4. Mai 1920. Verlag: J. Schönlager, München, Berlin und Leipzig. Preis 20 Ml.

Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Von Prof. Dr. W. B. H. G. 4. Auflage. (Wissenschaft und Bildung, Band 113.) 119 S. Verlag: Quelle und Meyer, Leipzig. Preis 5 Ml.

Zugschriften der Kommunistischen Jugendinternationale. Nr. 1. Nicht die Grenzpläne aus! Preis 50 Pf. — Nr. 3. Die Aufgaben der Arbeiter- und Bauernjugend. Von G. Zinowjew. Preis 50 Pf. — Nr. 4. Die sozialistische Proletarierjugend und die kommunistische Jugendinternationale. Preis 50 Pf.

Friedensgedenken. Pajiffische Aufsätze aus der Zeitschrift „Ethische Rundschau“ 1914—1915, von Magnus Schwantje. Verlag: Neues Vaterland, G. Berger u. Co., Berlin B. 62. Preis 2 Ml.

Sollen wir jede sogenannte christliche Heberzeugung achten? Eine Untersuchung der Einwirkung des unbewußten Willens auf die Urteilsbildung. Von Magnus Schwantje. Verlag: Neues Vaterland, G. Berger u. Co., Berlin B. 62. Preis 2 Ml.

Ueber den Wert und die Bedingungen einer Allianz zwischen Großbritannien und Deutschland. Von Friedrich Eiß. Mit einer Einleitung von Dr. Otto Jöbbling. Verlag: Th. Neumann jun., Leipzig. Preis geb. 1,50 Ml., in Pappband 2,50 Ml.

Das Sozialreformungsproblem in Deutschland. Von Spectator. Verlag: A. Seehof u. Co., Berlin C. 54.

Kapitän Ernst, letzte Fahrt. Die Abenteuer der Gefährten. Band 6 der Sammlung: Reisen und Abenteuer. 138 Seiten. 25 Abbild. 3 Karten. Verlag: H. A. Brodhäus, Leipzig. Preis gebunden 12 Ml.

Heft 1 der Praxis der entlassenen Schullehrer. Herausgegeben von Prof. Paul Oestreich.

Soziale Religion. Die neue Grundlage des Menschen- und Völkerebens. Von Karl Hatz. Verlag: Gebr. Hatz, Altona-Ottensen. Preis 2 Ml.

Betriebsabträge und Entlassungen. Kommentar zu der Verordnung betreffend die Maßnahmen, nebst Ausführungsanweisung. Verlag: Vorwärts, Berlin ZB. 68. Preis 1,80 Ml.

Das Problem der berufskundigen Vertretung von der französischen Revolution bis zur Gegenwart. Von Heinrich Herrschfeld. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart-Berlin. Preis: gebunden 32 Ml.

Der internationale Nat der Fach- und Industrieverbände (Moskau gegen Amsterdam). Von A. Rosowski. Verlag: A. Seehof u. Co., Berlin C. 54.

Der Hund, vom Standpunkte des Hundes von Th. Zell. Verlag: Vorwärts, Berlin ZB. 68. Preis geb. 12 Ml., brosch. 9 Ml.

Friedenswirtschaft. Ausgabe 3/4 (Novität). Eine Abhandlung — „Kapitalismus und Sozialismus oder Staats- und Volkswirtschaft“ — in 15 Abschnitten. Von Emil Bitt. Preis 5,— Ml. Verlag für Welt- und Staatssozialismus, Berlin-Schöneberg.

• Briefkasten •

B. Schilling. Notiz kann nicht gebracht werden, weil inhaltslos.

Totenliste des Verbandes.

Michael Böckl, Bamberg Geburtsdatum 24. 10. 1870, 49 Jahre alt	Ernestine Hays, Cleonitz Geburtsdatum 25. 11. 1870, 51 Jahre alt	R. Chorauich, Quedlinburg Bauhilfsarbeiter 2. 11. 1870
Rudel Michl, Bamberg Geburtsdatum 24. 12. 1870, 51 Jahre alt	Hermann Häußler, Cleonitz Gewerbetreibender 19. 12. 1870, 50 Jahre alt	Fritz Ehrlich, Rathenow Arbeiter 10. 12. 1870, 50 Jahre alt
Chr. Horngräber, Berlin Arbeiter 2. 1. 1921, 63 Jahre alt	Joh. Flißner, Warburg a. C. Eisbahnarbeiter 2. 11. 1870	Friedrich Götler, Riesa Arbeiter 9. 12. 1870, 51 Jahre alt
August Gen. d., Berlin Gewerbetreibender 24. 12. 1870, 50 Jahre alt	Joseph Ditsch, München Arbeiter 15. 12. 1870, 50 Jahre alt	Carl Stiffan, Riesa Arbeiter 28. 11. 1870, 51 Jahre alt
Ferd. Hoffmann, Berlin Eisbahnarbeiter 24. 12. 1870, 51 Jahre alt	Joh. Fischerberger, München Arbeiter 16. 12. 1870, 50 Jahre alt	Friedrich Landt, Rodewitz Arbeiter 12. 12. 1870, 51 Jahre alt
Hermann Grabert, Berlin Kassendirektor 25. 12. 1904, 42 Jahre alt	Gg. Sommer, h. München Arbeiter 18. 12. 1870, 50 Jahre alt	Hugo Schwartz, Rodewitz Arbeiter 10. 10. 1870, 51 Jahre alt
Karl Köhl, Berlin Arbeiter 27. 12. 1870, 50 Jahre alt	Karl Weibsch, München Eisenbahnarbeiter 3. 11. 1870	Georg Bräunle, Rültingen Arbeiter 6. 1. 1921, 67 Jahre alt
Martin Kartzsch, Berlin Arbeiter 17. 12. 1870, 50 Jahre alt	Ernst Koch, Nürnberg Arbeiter 5. 12. 1870, 51 Jahre alt	Carl Dorn, Rültingen Arbeiter 4. 1. 1921, 66 Jahre alt
Joseph Kutz, Berlin Arbeiter 4. 12. 1870, 50 Jahre alt	Joh. Rufnael, Nürnberg Eisenbahnarbeiter 6. 1. 1921, 68 Jahre alt	W. Richter, Schweinfurt Arbeiter 28. 11. 1870, 51 Jahre alt
Ratou Köpcke, Berlin Gewerbetreibender 15. 12. 1870, 50 Jahre alt	W. Fa. Jächl, Nürnberg Eisenbahnarbeiter 6. 12. 1870, 51 Jahre alt	Y. Kälchewitz, Scheideitz Arbeiter 7. 12. 1870, 51 Jahre alt
Martin Rühlig, Bonn Eisenbahnarbeiter 25. 12. 1870, 50 Jahre alt	Wurk Schubert, Nürnberg Eisenbahnarbeiter 4. 12. 1870, 51 Jahre alt	Benjamin Cadwig, Stade Arbeiter 25. 11. 1870, 51 Jahre alt
Walter Spillmann, Breslau Arbeiter 22. 9. 1904, 23 Jahre alt	Th. Rackermann, Offenbach Arbeiter 19. 12. 1870, 51 Jahre alt	Heinrich Brodmeyer, Stettin Arbeiter 15. 12. 1870, 50 Jahre alt
Bertha Ochse, Dresden Arbeiterin 23. 12. 1870, 50 Jahre alt	Rudolf Stüb, Oldesdorf Eisenbahnarbeiter 8. 12. 1870, 51 Jahre alt	Carl Dorn, Stettin Arbeiter 17. 12. 1870, 51 Jahre alt
Franz Röhmann, Cleonitz Arbeiter 13. 12. 1870, 51 Jahre alt	Olto Hoffmann, Firma Gewerbetreibender 28. 12. 1870, 51 Jahre alt	W. Hermann, Cottbus Arbeiter 12. 12. 1870, 51 Jahre alt
Ferdinand Grub, Ehen Arbeiter 1. 1. 1921, 61 Jahre alt	Rudolf Würker, Firma Arbeiter 24. 11. 1870, 51 Jahre alt	A. Reichenberger, Stuttgart Arbeiter 12. 12. 1870, 51 Jahre alt
Schweitzer, Friedrichsheim Arbeiter 12. 12. 1870, 51 Jahre alt	Karl Hoo, Jahn, Pla. en Arbeiter 10. 12. 1870, 51 Jahre alt	Karl Salzmanek, Stuttgart Arbeiter 5. 12. 1870, 51 Jahre alt
Joh. Gutzau, Hamburg Eisenbahnarbeiter 9. 12. 1870, 51 Jahre alt	C. H. Müller, Pauen Arbeiter 1. 1. 1921, 61 Jahre alt	Peter Hitz, Trautwein Arbeiter 23. 12. 1870, 51 Jahre alt
Heinr. Schröder, Hamburg Eisenbahnarbeiter 9. 12. 1870, 51 Jahre alt	Karl Berndt, Potsdam Arbeiter 13. 9. 1870, 50 Jahre alt	W. Hermann, Cottbus Arbeiter 20. 11. 1870, 51 Jahre alt
Maria Zink, Hamburg Arbeiterin 24. 12. 1870, 51 Jahre alt	Selma Kraus, Potsdam Arbeiterin 31. 10. 1870, 51 Jahre alt	Georg Fitchel, W. a. B. Arbeiter 12. 12. 1870
Carlwig Heyr, Hannover Arbeiter 23. 12. 1870, 51 Jahre alt	Hermann Jolitz, Potsdam Arbeiter 8. 9. 1904, 51 Jahre alt	Friedr. Baumstier, W. dert Arbeiter 12. 12. 1870
Ernst Casagari, Iena Arbeiter 18. 12. 1870, 51 Jahre alt	Paul Fling, Potsdam Eisenbahnarbeiter 13. 11. 1870, 51 Jahre alt	Otto Käber, Wandsbek Eisenbahnarbeiter 6. 1. 1921, 61 Jahre alt
Iwan Delgardt, Jerichow Arbeiter 1. 12. 1870, 51 Jahre alt	Paul Zeiske, Potsdam Arbeiter 20. 10. 1870, 51 Jahre alt	Otto Käber, Wahrenhuse Arbeiter 27. 12. 1870, 51 Jahre alt
August Pietzsch, Cambau Eisenbahnarbeiter 6. 12. 1870, 51 Jahre alt	Kobert Sörgel, Füssen Arbeiter 11. 12. 1870, 51 Jahre alt	Kng. Drensdorf, Bismar Arbeiter 18. 12. 1870, 51 Jahre alt
Paul Helmig, Leipzig Arbeiter 11. 12. 1870, 48 Jahre alt	H. Behrens, Quedlinburg Arbeiter 1. 11. 1920	Oskar Schaefflich, Weimar Arbeiter 1. 1. 1921, 43 Jahre alt
		A. Steiner, Zuffenhausen Arbeiter 27. 11. 1870, 51 Jahre alt

Chre ihrem Andenken!